



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

13.04.1932 (Nr. 74)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Mittwoch, 13. April 1932 • Nummer 74

Drei NS-Zeitungen verboten

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die nationalsozialistischen Tageszeitungen „Westfälischer Beobachter“, „Herforder Beobachter“ und „Mielefelder Beobachter“ auf die Dauer von drei Tagen verboten.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domshöhe 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Auslieferung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Fernteil RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellenanzeigen RM 0.08. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06, Plakatschriften ohne Verbindlichkeit.

Schwarz-rote Schiebung

Die Preußenregierung schwankt / SA. und SS.-Verbot?

Noch nicht entschieden

Im Reichsinnenministerium sowohl wie bei der preussischen Regierung scheint man sich noch im letzten Augenblick der Folgen bewußt geworden zu sein, die ein

Verbot der SA. und SS.

mit sich führen. Und auch die beschwörenden Bitten der gesamten bürgerlichen Presse sowie des Stahlhelms, der ein neues Aufleben der nationalsozialistischen Welle voraussetzt, scheinen nicht ganz ohne Eindruck beim Reichsinnenminister geblieben zu sein. Auf der anderen Seite hat allerdings gerade der preussische Landtag durch seine Ablehnung der Geschäftsordnung bewiesen, daß es keine Dummheit gibt, zu der diese Institution nicht fähig ist, denn man hat durch diese offensichtliche Schiebung der nationalsozialistischen Wahlpropaganda das allerbeste Material geliefert.

Wir teilten bereits gestern mit, daß die Reichsleitung sofort in Berlin Schritte unternehmen hat und so ist heute noch nicht abgesehen, ob das an sich vorgesehene Verbot der SA. und SS. wirklich in die Tat umgesetzt werden wird. Unser Kampf um die Macht im Saale, besonders unser Kampf um Preußen, wird durch ein solches Verbot keinen Augenblick behindert oder gehemmt werden können und so sehen wir mit aller Befriedigung den letzten Judungen eines Systems zu, das sich in seiner letzten Landtagsführung durch Mehrheitsbeschluß selbst seine Unfähigkeit bescheinigt hat.

Klage gegen Verleumdung unseres Führers

München, 13. April. Der Führer Adolf Hitler beauftragte Dr. Frantz 2. gegen den Ministerpräsidenten Braun und den verantwortlichen Schriftleiter des „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben, wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolge launisch-verleumdende Absichten.

Dieser herabwürdigende Behauptung von dieser Seite sei, wie schon einmal festgestellt, ein Höhepunkt in der Verleumdungskampagne gegen den Führer der weitaus größten politischen Bewegung Deutschlands. Im übrigen werde gegen jeden, der die gleichen verleumdenden Behauptungen über Hitler aufstelle, rückstandslos mit allen Reichsmitteln vorgegangen werden.

„Unmögliches Manöver“

Eine Erklärung des Abgeordneten von Papen. Hamm (Westf.), 12. April. Zu dem Beschluß des Preussischen Landtages auf Veränderung der Geschäftsordnung gibt der Zentrum-Landtagsabgeordnete von Papen folgende Erklärung an die Öffentlichkeit: „Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich an der Abstimmung nicht teilgenommen habe, da mir das Vorgehen der Weimarer Koalition als ein unmögliches Manöver erschien.“

geg. von Papen.“

„Times“ über den Beschluß des Pr. Landtages London, 13. April. Zu dem Beschluß des Preussischen Landtages, daß der preussische Mini-

Ein unsauberes Geschäft Die preussische Geschäftsordnung zwecks Rettung der Ministersessel abgeändert

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu einer Vollversammlung zusammen, auf deren Tagesordnung als erster Punkt die Beratung des Antrages der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung steht. Haus und Tribünen sind verhältnismäßig stark besetzt.

Abgeordneter Stendel (DVP.) beantragt, den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzuheben, da er in die Rechte des künftigen Landtages eingreife.

Abgeordneter Siffermann (Wirtschaftspartei) erklärt, die Weimarer Koalition habe abgewirtschaftet. Seine Partei lehne es ab, durch die beantragte Veränderung der Geschäftsordnung dem Ausfall der Preußenwahl vorzugreifen. Abgeordneter Wollmer (Landvolk) nennt es kaum glaublich, daß sich die Regierungsparteien mit dem Todeszug durch eine Nebenverschiebung für das weitere Bestehen dieser Regierung einsetzen wollten. Abgeordneter Aufsele (Staatspartei) wendet sich dagegen, daß der Antrag ein Schiebungsschwindelmanöver genannt wird. (Lebhafte Zurufe bei den Oppositionsparteien.) Es handelt sich darum, die Geschäftsordnung mit der preussischen Verfassung in Einklang zu bringen. (Zuruf rechts: „Das merkten Sie erst jetzt nach 13 Jahren.“) Allerdings hätte man die Veränderung schon früher machen können. Die Regierungsparteien hielten es aber für unbedingt notwendig, Verbrechen (!) von der Regierung fernzuhalten. Abgeordneter Rinder (Christl.-Soz. Volksdienst) weist in einer Erklärung auf die Opposition des Volksdienstes gegen das Kabinett Braun hin, die in der nicht genügenden Wahrnehmung der evangelischen Belange durch die Regierung begründet sei. Auch der Volksdienst werde die jetzigen Pläne der Regierungsparteien auf Erhaltung der Regierung mit zu durchkreuzen versuchen.

Damit schließt die Aussprache, unter großer Spannung beginnt die Abstimmung, die entsprechend einem deutschnationalen Antrag namentlich ist. Die Oppositionsparteien beteiligen sich an der Abstimmung nicht. Nach Auszählung der Stimmkarten teilte der Präsident das Ergebnis der Abstimmung mit. Zur allgemeinen Ueberraschung stellt sich heraus, daß insgesamt 231 Karten abgegeben wurden, das

Haus also beschlußfähig ist. 227 Abgeordnete stimmten mit Ja, 2 mit Nein. Außerdem wurde eine Enthaltungsliste abgegeben. Eine Stimme war unguiltig.

Darauf schließt der Präsident die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht wieder zusammentreten werde. Auf seine Bitte wird dem Präsidenten jedoch die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag noch einmal einzuberufen.

Die unsaubere Preußenchiebung ist somit leider geglückt. Die schwarz-roten Buzzen haben ihr Ziel erreicht. Sieben Jahre hatten sie Zeit dazu, die Geschäftsordnung abzuändern, erst jetzt, wo sie ihre Ministerposten wanken sahen und wo sie an sich gar kein Recht mehr hatten, im Namen der Wählerschaft zu handeln, kam ihnen diese famose Verjüngung. Wie unsauber das ganze Geschäft ist, erhellt am besten daraus, daß selbst das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, in ihrer Sonntagsnummer die Korrektur der Geschäftsordnung nach für bedenklich und unklug erklärte. Aber die Buzzen des Zentrums haben sich anders entschieden. Was fragen sie danach, ob sie ihre Finger mit dem unsauberen Geschäft beschmutzen und ob sie in die Rechte des künftigen Landtages eingreifen.

Er hat diejenige Bestimmung gestrichen, nach der, wenn sich bei der Wahl des Ministerpräsidenten eine absolute Mehrheit nicht ergibt, eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmengahlen zulässig ist und dann derjenige als gewählt gilt, der die meisten Stimmen in einfacher Mehrheit für sich vereinigt. Der Paragraph 20 der Geschäftsordnung lautet nunmehr nur noch: „Der Landtag wählt mit verdeckten Stimmzetteln den Ministerpräsidenten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.“ Wenn der neue Landtag diese Geschäftsordnungsänderung nicht wieder rückgängig macht und die Reichsparteien, wie die Regierungsparteien hoffen, im neuen Landtag nicht die absolute Mehrheit erringen, so würde auf Grund der neuen Geschäftsordnungsbestimmungen die Regierung Braun vorläufig geschäftsführend weiter im Amt bleiben.

terpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muß, heißt es in der „Times“:

Diese Bemerkungen in letzter Minute zeigen das Ausmaß der Angst bei den Regierungsparteien.

Sie wissen, daß sie tatsächlich keine Aussichten haben, mit ihrer gegenwärtigen Mehrheit wieder in den Landtag zurückzukehren. Sie befürchten nun, daß die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten nach den Wahlen die Regierung bilden und den neuen Ministerpräsidenten mit ein-

facher Mehrheit wählen würden und daß eine geschäftsmäßige Reichsregierung gebildet würde, die solange dauern würde, wie ihre Gegner keine Mehrheitsregierung bilden könnten.

Uebertritt zur NSDAP.

Der bisherige deutschnationalen Abgeordnete des Preussischen Landtages Klein-Berlin, ist, wie bekanntgegeben wird, zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten.

Die gescheiterte Donaukonferenz

Belgisch-französisches Vordringen nach Norden.

Es ist nun einmal so, daß sich der Osterfriede nur für die äußeren Erscheinungen der Innenpolitik bittieren läßt. Das politische Leben selbst läßt sich nicht anhalten, wie man das Pendel einer Uhr aufhalten kann. Die Politik geht ihren Gang weiter. Besonders die Dinge der Außenpolitik lassen sich nicht durch eine Notverordnung aus ihren Bahnen werfen.

In der vorigen Woche, in der sich das Interesse aller Deutschen auf den Wahlkampf und auf den gewaltigen Flug unseres Führers über alle deutschen Gaue konzentrierte, wurde in den Anstalten der Außenministerien angepaßt gearbeitet. Es war in erster Linie das französische Donauprojekt, das die Hirne der Diplomaten beschäftigte, und wenn in der vorigen Woche die „große Presse“ leeren mußte, dem konnte ganz wie im Kopfe werden vor lauter Bräseverhüllungen und Einfuhrkontingenzen, vor Archivverhandlungen und Handelsverträgen. Mit erschütternder Intensität wurde dem gutmütigen und abnungsfähigen Leser wieder einmal vorgegemacht, es handle sich um Verträge zur Rettung der Südosteuropäischen Wirtschaft.

Am das vorletzte Wochenende war Herr Tardieu, der französische Ministerpräsident, in London zu Gast bei seinem „guten Freund“ Mac Donald. Der Zweck dieses Besuchs, der von der französischen Presse und gewissen englischen Kreisen bis ins kleinste vordereckt war, galt der Erneuerung der französisch-englischen Entente. Wir wissen, daß dieser Versuch gescheitert ist, daß man trotz aller Reizungen in Downing Street sich nicht in neue Abenteuer einlassen will. Herr Tardieu wollte nämlich nicht weniger erreichen als eine Einigung in der sogenannten Donaufrage, in der Frage der deutschen Tribute und in der Frage des französisch-italienischen Flottenabkommens. Alle Berichte lassen darauf schließen, daß in keinem der Verhandlungspunkte eine Einigung erzielt worden ist. Vielleicht steht es um die „Entente cordiale“ schlechter denn je. Oder sagen wir besser, es könne schlechter stehen als je, wenn man sich in Berlin hätte entschließen können, die bestehenden englisch-französischen Interessengegenstände gegeneinander auszuspielen.

Nachdem die Beprechung zwischen Tardieu und Mac Donald ohne Ergebnis verlaufen war, mußte die sogenannte Konferenz zu Vieren, die außer von England und Frankreich auch von Deutschland und Italien befehligt worden war, von Anfang an als ein verfehltes Unternehmen betrachtet werden. Die Konferenz ging nach zweitägiger Verhandlung auseinander, nachdem sie ein Communiqué, in dem nicht mehr und nicht weniger stand, als daß die Verhandlungen ohne Ergebnis auf unbestimmte Zeit vertagt worden sind. Der deutsche Staatssekretär Dr. von Bülow hielt eine sehr gründlich vorbereitete Rede, in der jede Zahl belegt und jede Behauptung bewiesen werden war.

Aber hätte er noch hundertmal mehr Recht gehabt und wären seine Argumente noch tausendmal härter gewesen, er würde nie etwas

erreicht haben. Man wird der deutschen Regierung den Vorwurf nicht erheben können, daß sie die Donaufrage immer wieder, vom Anschluß Österreichs an das Reich angefangen über die Jallous-Pläne des Jahres 1931 bis zu der jetzigen Londoner Konferenz mit nicht zu überbietender Aktivität behandelt. Es muß immer wieder mit aller Klarheit darauf hingewiesen werden: Es geht nicht um Jalta, nicht um Kreta, den französischen Polarkreis liegt an ein paar tausend verhungerten rumänischen Bauern gar nichts, noch liegt ihnen etwas an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, sei es in Ungarn, sei es in Österreich, sondern die militärische Beherrschung des Südostrons, die Ausgestaltung jedes deutschen Einflusses in den Donauländern, den Einfluß politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Natur. Die Donaufrage ist eine politische Frage und keine wirtschaftliche. Ihr ist nicht mit Handelsabläufen beizukommen, sondern nur durch die klare Bündnispolitik, die ihrerseits wieder Schaffung stützlicher und physischer Kraft zur Veranlagung hat.

Das ist der klare Sachverhalt, der durch spaltenlange Wirtschaftsberichte nur verwirrt, niemals gefördert wird.

Während Frankreich an der Donau und im Osten Deutschlands eintritt, während Polen eine Bahn von Katowitz nach Gdingen gebaut bekommt, während die Wiener in Wien, was sie wollen und Jahr für Jahr hunderttausende polnischer Refruten und Sportler für den Kampf auf Donzig und Königsberg ausbezahlt werden, ist die französische Politik auch im Westen nicht müßig. Dadurch, daß man sich im Young-Plan das Recht der Sanctionen vorbehalten hat, bleibt die Frage der „natürlichen Grenze im Osten“, d. h. die Möglichkeit der Rheinlandsbeziehung dauernd in der Schwebe. In der vorigen Woche hat die französische Politik am Rhein zu einer neuen Etappe geführt. Die seit Jahren schwebenden Verhandlungen zwischen Belgien und Holland in der Scheldebfrage sind zu gewissem Abschluß gekommen. In großzügiger Weise hat Belgien auf seine Hoheitsrechte in gewissen Grenzgebieten, die seit dem westfälischen Frieden im Jahre 1648 strittig sind, verzichtet. Dafür mußte Holland dem Bau eines Rhein-Schelde-Kanals zustimmen. Die ewigen Kämpfe sehen darin einen großen wirtschaftlichen Fortschritt, einen von jenen Fortschritten, die uns in den letzten hundert Jahren dahin gebracht haben, wo wir heute stehen! In Wirtschaft handelt es sich bei dem belgisch-holländischen Vertrag um ein weiteres Vorwärtsschreiten französischer Wirtschaftspolitik gegen Rotterdam und seinen Hafen. Schon hat sich in Utrecht ein Aktionsausschuß gebildet, der in letzter Stunde die Ratifikation dieses Vertrages verhindern will. Ob das gelingt, ist zweifelhaft. In Paris möchte man Holland als eine Provinz, als wirtschaftliches und kulturelles Hinterland betrachten. Ein Segen französischer Orden und Ehrentitel ergießt sich über das Land. Wenn auch manche über diese „Kosen aus

Der „organisierte Frieden“ Tardieu in Genf

Genf, 12. April. Tardieu hielt heute im Sauplauschhof der Abrüstungskonferenz ganz unerwartet eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß die auf der Konferenz immer stärker zutage tretende Tendenz der Abschaffung der Waffen keine Lösung der Abrüstungsfrage bedeuten würde.

Tardieu betonte erneut, daß eine solche Lösung nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten oder aber die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen. Über die Hauptbegriffe der Abrüstung, über den Charakter von Angriffen und Verteidigungswaffen sowie über das Wesen des Angriffs und der Verteidigung überhaupt, besahe Tardieu Klarheit. Ein Angriff könne auch Verteidigungsziele in sich tragen.

Tardieu schilderte dann die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erwogen werden. Nie-

mand könne die Möglichkeit der Verheimlichung von Waffen leugnen.

Eine Unterdrückung zwischen Angriffen und Verteidigungswaffen sei überhaupt nicht denkbar. Wenn man die großen Waffen endgültig aufheben würde, so würde man damit den angreifenden Staaten das uneingeschränkte Übergewicht geben und den angegriffenen Staat seiner Verteidigungsmöglichkeiten berauben. Das Vertrauen werde niemals ausgeschaltet werden können. Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Wesentlichenkriterium“ werde das „Wesentlichenkriterium“ und die „Wesentlichenkriterien“ folgen. Jedes Zivilflugzeug könne in ein Militärfahrzeug umgewandelt werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks.

Hauptaufgabe der Abrüstungskonferenz könne unter diesen Umständen niemals die Abschaffung der Waffen, sondern nur die Organisation des Friedens sein. Die französische Regierung verlange eine internationale Waffennacht zum Kampf gegen den Angreifer. Sie erlaube es als Pflicht, zu erklären, daß eine Regelung der Kriegswaffenfrage die Notwendigkeit der Organisation des Friedens niemals ausschalten könne. Aufgabe der Abrüstungskonferenz sei es, den Frieden auf dem Boden des Völkerbundes und in Erfüllung des Völkerbundesvertrages zu organisieren. Dazu sei ein System gegenseitiger Hilfs- und Schutzmaßnahmen notwendig.

Preußen müsse wieder preußisch werden.

Der preussische Staatskanzler behaupte den Begriff der Souveränität im öffentlichen Leben, der besonders in einem Beamtentum verkörpert gewesen sei, das der gesamten Welt als Muster vor Augen gestanden habe. Heute sei dieser Staatsgedanke untergegangen. Friedrich der Große habe es nicht nötig gehabt, durch Verordnungen für seine Leistungen zu werben. Er hätte gewiß den Ruchpunkt freigegeben und gesagt: Redet ruhig!

für mich sprechen die Taten!

Goebbels warnte sich dann gegen das Parteienwesen und erklärte, die Nationalsozialisten wollten das Preuentum wieder in reiner Vollendung bringen. Sie wollten nicht auf die selbe Weise an die Macht kommen, wie die Sozialdemokraten 1918. Die Reden über Bürgerkrieg und Terror seien lediglich die letzten Verurteile des Systems, sich an der Macht zu halten.

Enttäuschte Systemhoffnungen

Darmstadt, 11. April. Die „Heftige Landeszeitung“ bezeichnet das Wahlergebnis im Freistaat Hessen als besonders bemerkenswert. Der konnte Adolf Hitler seine Gegner am allermeisten trafen. Denn bei dem geringen Stim-

menrückgang, den die Nationalsozialisten bei dem ersten Wahlgang gegenüber den heftigen Landtagswahlen hatten, war man geneigt, Hessen als typisch für die Überforderung des Stimmkörpers der nationalsozialistischen Wertschätzung zu bezeichnen.

Adolf Hitler hat aber im zweiten Wahlgang einen neuen Rekord aufgestellt und in Oberhessen sogar die absolute Mehrheit errungen. Die Zunahme ist vor allen Dingen in den Städten zu verzeichnen.

Ein typischer Fall

Berlin, 12. April. Der Abgeordnete Vanger-Oberhausen (DVP) gibt zu seiner Abstimmung im Preussischen Landtag über den Antrag der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung folgende Erklärung:

„Infolge einer Verwechslung in den Abstimmungen habe ich fälschlich verneinend sich an der Abstimmung über den Regierungsantrag beteiligt, was nicht in meiner Absicht gelegen habe. Er habe geglaubt, daß es sich um eine andere Abstimmung gehandelt habe und habe zugleich eine Nein- und eine Ja-Karte abgegeben, wodurch seine Abstimmung ungültig geworden sei.“

Revolveranschlag auf einen Wiener Universitätsprofessor.

Wien, 12. April. Am Dienstag vormittag wurde auf den Universitätsprofessor Gustav Alexander ein Revolveranschlag verübt. Professor Alexander, der bekannte Ohrspezialist, wurde in der Nähe seiner Wohnung auf offener Straße von dem 51-jährigen Schneider Souffou durch drei Revolverkugeln getötet. Der Täter konnte verhaftet werden. Er gibt an, bei Professor Alexander in Behandlung gewesen zu sein und die Tat aus Rache verübt zu haben. Souffou war aus der Tschekoslowakei zugewandert.

Aschenegeen in Südamerika.

Newport, 12. April. Die letzten Meldungen aus dem südamerikanischen Aschenegeengebiet belegen, daß mindestens acht Vulkanen in Tätigkeit sind und der gewaltige Aschenegeen unermindert fortwährt. Die Lava-Ströme der verschiedenen Vulkane haben bereits große Strecken guten Ackerlandes vernichtet. Siltschläge, die aus Mendoza abgingen, mußten in Folge des Aschenegeen wieder umkehren. Hunderte von Menschen sind infolge Einatmens der Schwefelgase schwer erkrankt. Tausende von Menschen sind auf der Flucht. Die ganze Bevölkerung ist von panischem Schrecken ergriffen.

80000 Menschen sollen aus den bedrohten Gebieten geschafft werden.

Buenos Aires, 12. April. Es werden fieberhafte Arbeiten getroffen, alle bedrohten Ortschaften in der Provinz Mendoza zu räumen. Es handelt sich um nicht weniger als 80000 Menschen. Im Umkreis von 300 Meilen um den Vulkan ist die Luft mit schwefeligen Gasen verpestet, so daß man kaum darin atmen kann. Alle Flüge sind mit Flüchtlingen vollgestopft.

Von heute auf morgen

29. Fortsetzung Ein Roman aus unserer Bewegung

Unter der Tür meines Elternhauses stand ein fremder Mann und schaute miträuschlich zu mir her, als ich stehend und nicht umblinde, als müßte ein Wunder geschehen und die alte Jugend vor mir lebendig werden. Ich habe dem Mann nur gelangt, daß ich früher einmal in den Ferien hier gewohnt hätte und daß viele Jahre lang die Erinnerung an dieses Haus treulich mit mir gegangen sei. Er sprach fast nichts und schien verwundert, daß ein Städter einem Bauernhof so viel Unabhängigkeit bewahrt haben könnte.

Da bin ich wieder gegangen und habe mich draußen am Waldrand auf eine Bank gesetzt und lange auf das Dorf und auf meine Kindheit zurückgeschaut. Und in dieser Stunde, Irene Reimlich, in dieser Stunde sind Sie wieder bei mir gewesen und haben mich bei der Hand genommen und mir die Heimat gezeigt — eine andere Heimat als die zu meinen Füßen, die ich verloren hatte und in der mich niemand mehr kannte.

Er las an ihr vorüber und seine Stimme war weich, als er fortfuhr:

„In dieser Stunde war mir bewußt, daß Sie mir die Heimat zurückgegeben würden, daß Sie allein es könnten. Und jetzt frage ich Sie, ob Sie es wollen?“

Sie war verwirrt. Sie machte sich los und ging weiter. Drei, vier Schritte. Dann blieb sie stehen und wandte sich um.

„Verzeihen Sie... ich wollte nicht unhöflich sein. Ich bin nur... ich war auf dieses Gespräch nicht vorbereitet... Sie sehen mich überfordert.“

„Ja, tun wir das. Erzählen Sie mir, was Sie in Berlin erlebt haben. Ich habe ja noch mehr als Andeutungen von Ihnen bekommen. Was durchaus kein Vorwurf sein soll!“

„Ich nehme es auch nicht als Vorwurf. Ich hätte ein Buch schreiben müssen, um Ihnen alles zu berichten.“

Und er fing an, seine Erlebnisse auszusprechen. Sie hörte ihm mit wachsender Spannung zu. Mehr als einmal legte sie unwillkürlich die Hand auf seinen Arm, als müßte sie ihn vor einer Gefahr in Schutz nehmen. Dann wieder senkte sie enttäuscht den Kopf und schien in Gedanken verloren. Als er beendet hatte, entstand eine lange Pause, ehe sie ihn fragte:

„Und was ist aus der Frau geworden, die Sie in jener Nacht verließen?“

„Sie ließ mich mitteilen, daß sie mit dem Nachschneidung abreiten und sich freuen würde, mir vorher Bescheid sagen zu können. Auf ein Viertelstunde vor Abgang des Zuges auf dem Bahnhofs. Sie wartete schon. Wir haben wenig gesprochen. Sie sagte mir immer, daß sie schlafen und vergessen möchte. Nichts mehr hören und sehen von all dem, was mich Jahre lang ihr einziger Lebenszweck gewesen. Ich verstand das und wünschte ihr alles Gute im sonnigen Süden. Dann gaben wir uns die Hand. Sie sagte:

„Werden Sie sich zuweilen meiner erinnern?“

„Mit Freuden!“ erwiderte ich. „Ich wünschte nur, Sie unter weniger abenteurlichen Umständen kennen gelernt zu haben.“

Sie sah mich lächelnd an.

„Ein bewundernswürdiger, vornehmer und edler Mensch“, erwiderte ich der Wahrheit gemäß.

„Sollt nichts?“ fragte sie.

Da winkte der Zugführer und wir trennten uns. Sie ließ das Fenster herunter, während

sich der Zug schon in Bewegung setzte, sagte sie noch:

„Verzeihen Sie die kleine Sonja, die Sie nie vergißt. Leben Sie glücklich!“

Ich sagte irgendetwas und gab ihr zum letzten Male die Hand. Dann war sie fort.“

Otto schwieg.

„Und wo ist Sonja jetzt?“, fragte Irene nach einer Weile.

„In Nizza oder Monte Carlo oder Paris, ich weiß es nicht. Sie hat mir nichts gesagt und ich habe sie nicht gefragt.“

Sie hatten in weitem Bogen das Gehöf umgangen und landeten auf der Landstraße.

„Hier müssen wir wohl umkehren“, sagte Irene. Und sie gingen den Weg zurück, den sie gekommen waren. Die Sonne stand schon tief im Westen.

Das Gehöf wollte nicht recht wieder in Gang kommen. Jedes schien mit eigenen Gedanken beschäftigt. Plötzlich lachte Otto vor sich hin.

„Am meisten erschüttert hat mich doch der Stöber von einem Hund, als ich wie ein Einbrecher in dem Gartenhaus hockte. Es war keine einfache Sache! Stellen Sie sich vor, wenn das Vieh herausgekommen wäre und mich erwischte! Fällt es ist merkwürdig, daß alle Hunde nach mir bellen und bellend! Ich glaube, das kommt daher, daß ich in meiner Jugend keinen Hund ungeschoren lassen konnte. Unserer Nachbaderin habe ich einmal einen langhaarigen Vierbeiner von unheimlichem Rasse. Der knurrte mich immer an, wenn ich in seine Nähe kam. Da habe ich ihm eines Abends eine fette Konferenzbüchse an den Schwanz gebunden, und ich habe heute noch, wie er mit müden Beinen durch das Dorf rannte und immer die Konferenzbüchse hinterher klappte. Derart gekommen ist meine Leidenschaft. Aber das Vieh hat mich lieb gewonnen und seine Kollegen nicht minder. Der Stöber in Jellendorf war ganz gewiß ein entfernter Verwandter des Reinrassen von unserer Nachbaderin und er hätte seinen Vetter ohne Zweifel fertig gemacht, wenn ich ihm vor die Schnauze geraten wäre.“

„Sie sind also nicht das, was man einen Tierfreund nennt?“, fragte Irene.

„Eigentlich doch. Ich habe alle Vieher gern, nur laut dürfen sie nicht sein. Laute Vieher und laute Menschen sind mir ein Grauel!“

„Der arme Harro!“, sagte Irene unvermittelt.

„Wir hatten auf Lichtweiser einen schönen großen Schäferhund. Ein gutes, treues Tier. Der Onkel hat ihn vor acht Tagen erschlagen lassen. Er konnte die Steuer nicht mehr bezahlen.“

So kam das Gespräch wieder auf den Hof und die bevorstehende Verheiratung.

Vom Rande des Gehöfes aus sahen sie jetzt Lichtweiser vor sich liegen, schon eingehüllt in die ersten Abendhatten: Ein geräumiges Wohnhaus, Stallungen, Schuppen und Wirtschaftsgebäude im Siered zu einander stehend.

„Ein schönes Anwesen!“ sagte Otto. „Man sieht ihm aus der Ferne nicht an, daß soviel Rot auf seine Dächer drückt.“

Sie blieben stehen. Weit und breit keine Menschenleere. Zwei harte Strahlen querten über die Felder hin. Das hügelige Land dehnte sich weithin zu ihren Füßen, verflucht von dem goldroten Schimmer, der den westlichen Himmel färbte.

Weide fühlten sie ihre Fersen schneller schlagen. In beiden war die Erwartung von irgendetwas Festlichem, das auf sie zukam oder zu dem sie hinstreben, ohne daß sie zum Fuß zu verwenden.

Schweigend fanden sich ihre Hände, wie sich ihre Herzen gefunden hatten.

Als er sie fragte: „Irene, willst du bei mir bleiben und mit in meinem lieben, tapferen Herzen eine Heimat bereiten?“, da warf sie sich an seine Brust, umschlang seinen Hals und sagte nur das Eine:

„Ja!“

„Und wenn ich dich mitnehme über's Meer, weit, weit fort von hier?“

„Ich gehe mit dir bis ans Ende der Welt!“

„Und wenn ich auf alles beste, was mir bisher ein zweifelhafte Vergnügen, aber kein Vergnügen bereitet hat und mich in ländlicher Stille auf mein besseres Selbst bestimmen will?“

„Ich bleibe bei dir, überall!“

Er legte den Arm um ihre Schulter und beugte sich zu ihr herab.

(Schluß folgt!)

Kein Rücktritt Brünnings! Umbildung des Kabinetts?

Berlin, 11. April. Die Pressemeldungen über eine bevorstehende Regierungsumbildung als Folge der Präsidentenwahl entsprechen nicht den Tatsachen. Sie eilen den Ereignissen zum mindesten erheblich voraus. Es ist richtig, daß nach der Wahl eines neuen Präsidenten formal ein Rücktritt des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Reichsanwalt Dr. Brüning hat dementsprechend dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts angeboten. Es handelt sich dabei in jedem Fall nur um eine Formalität. Brüning bleibt Reichsanwalt. Dagegen hält man es in politischen Kreisen für wahrscheinlich, daß diese Gelegenheit benutzt wird um eine Umbildung des Kabinetts herbeizuführen, indem man die beiden nicht bezeugten Ministerien des Innern und Justiz bezieht, und zwar wird für das Reichsinnenministerium in erster Linie Dr. Goerdeler, für das Außenministerium Staatssekretär von Bülow genannt. Die Entschiedenheiten dürften aber nicht vor Anfang Mai fallen.

Die Gerüchte über einen Rücktritt des Staatssekretärs Weizsäcker sind völlig aus der Luft gegriffen. Staatssekretär Dr. Weizsäcker genießt nach wie vor das volle Vertrauen des Reichspräsidenten und bleibt daher auch im Amt.

Der V.B. zum Wahlergebnis

München, 11. April. Im „Völkischen Beobachter“ schrieb am Montag der Hauptgeschäftsführer Alfred Rosenberg zum Wahlergebnis u. a.: man müsse den Erfolg der Nationalsozialisten geradezu entsetzlich für den späteren Verlauf der politischen Kämpfe einschätzen. Es befehle kein Zweifel darüber, daß der Stimmenzuwachs Hindenburg, abgesehen von Kommunisten auf Teile der deutschnationalen Volkspartei zurückgehe, die Hindenburg gewählt hätten, ohne daß es Herr Eugenborg habe wagen können gegen Herrn von Hindenburg parteipolitisch vorzugehen, bescheiden auch nicht der Stahlhelm, dem Herr von Hindenburg angehört. Auf der anderen Seite hätten größere Gruppen sich diesmal für Adolf Hitler erklärt. Die deutschnationale Volkspartei heute so verfahren und hilflos daselbst, so habe sie es jenen Elementen zu verdanken, die nicht groß, sondern bloß reaktionär zu denken verständen. Den Schaden hätten sie selbst zu tragen. Am Schluß schreibt Rosenberg: Die NSDAP. kennt keine Erholung, einen Tag nach der Schlacht beginnt der Kampf für die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg.

Wenn das nicht zieht!

„Es geht um den Besitz der 80000 Polizeibeamte in Preußen!“ — in diesen Worten hat das sozialdemokratische Zentralorgan den Sinn der marxistischen Preußenregierung festgelegt. Ein trauriges Belegstück aus dem Munde einer Partei, deren Vorstehende schon Jahr lang vorgeben, für Demokratie, Freiheit und Arbeiterinteressen zu kämpfen. Im Augenblick scheint den Sozialdemokraten die Polizeigewalt wichtiger als die Arbeitsbeschaffung für die sieben Millionen zählende Erwerbslosen!

Besonders bezeichnend und auffällig aber ist das Buhlen der Derselben um die Liebe der Polizei. Da wird keine Gelegenheit verpasst, den Polizeibeamten Honig um den Mund zu schmieren; die Präsidenten bedanken sich, verteilten Anerkennungscheine, veranstalten Feste, Paradeaufmärsche mit den früher gelieferten militärischen Beigaben u. a. m. Neuerdings hat nun die Berliner Polizeiverwaltung mit der Verleumdung des Sozialismus begonnen, nach welchem den Polizeibeamten verblüffte Monatsgehälter für die Verleumdung zur Verfügung gestellt werden. Bei

Wer ist sicher vor Frankreich?

Frankreich hat dem Völkerbund eine Note überreicht, in der es gegen die Verletzung der eigenen Sicherheit betont und das Verlangen stellt, Deutschland wehrlos zu halten. Als Begründung führt die französische Regierung an, daß Frankreich in den letzten hundert Jahren drei Einfälle erlitten hat, dreimal der Feind ihm ins Land brach. Wie friedlich Frankreich ist, das mögen die folgenden Tatsachen zeigen:

- 1805 fiel Frankreich in Süddeutschland ein und drang bis Wien.
- 1806 fiel es in Preußen ein und drang bis Tilsit.
- 1808 fiel Frankreich in Spanien ein und besetzte das ganze Land.
- 1809 fiel Frankreich in Oesterreich ein und drang bis Wien. Unterdessen hatte es ganz Deutschland, Belgien, Holland und Italien besetzt.
- 1812 fiel Frankreich in Rußland ein und drang bis Moskau. Da standen die Völker Europas auf und schlugen die Franzosen bis unter die Tore von Paris zurück. Das ist der „erste Einfall“ in das arme Frankreich, auf den sich die französische Regierung beruft.
- 1831 erschienen französische Truppen in Belgien.
- 1830—31 fällt Frankreich in Algerien ein und erobert das Land.
- 1839 beschließt die französische Flotte Buenos Aires.

dem kümmerlichen Sold ist es ihnen gewiß zu gönnen. Doch erscheint es uns recht eigenartig, warum man ausgerechnet jetzt erst zu dieser Maßnahme schreitet. Bisher hat sich nämlich die Berliner Verleumdungsgesellschaft regelmäßig gegen eine solche Vergünstigung gestäubt. Offenbar hat man deren schmerzlicher Verwaltung nun ebenfalls beigetragen, daß Not am Mann sei. Ob das wohl nicht?

„Schönheit und Würde“

Die Zentralstelle für Denunziationen und Spitzel, die sogenannte „Republikanische Beschwerdestelle“ hat die unerfreuliche Aufgabe die Komplex der Patentrepublikaner abzureagieren. Nachdem den Denunzianten durch Landtagsbeschlüsse das Handwerk gelegt wurde hat man sich jetzt auf eine moderne Witterungsmessung verlegt. So ist es ihnen „eifrigsten Bemühungen“ gelungen, die „lächerlichen Aufstellungen“ der Aufsichtsbürokraten der Berliner Verleumdungsgesellschaft, die denen der Offiziere des früheren Heeres nachgebildet sind, zu befechten. Die Republik ist also wieder einmal der Fährtenkontrollen beigesteuert. — Neuerdings soll sich die „Republikanische Beschwerdestelle“ auch an den Polizeipräsidenten gewandt haben, den „aufreizenden militärischen“ Aufmarsch der Schuppowache, der seit Ostern Sonntags und Donnerstags steigt, abzustellen.

Peinlich

Gefinnungsschnäfferei und Denunziantentum züchtet im Zeichen der vielbesprochenen Freiheit in der marxistischen Presse die übelsten Sumpfschlingen. Wenn nur irgendwem und -wo Beamte oder Angestellte im Privatleben gegen die republikanische „Erfolge“ verstoßen, ergeht ein bestimmtes im „Vorwärts“ eine denunzierende Anfrage an die vorgelegten Dienststellen.

So regt sich das galizische Zentralorgan kürzlich darüber auf, daß die Angestellten des

- 1854—56 führt Frankreich Krieg gegen Rußland und landet Truppen in der Krim.
- 1856 führt Frankreich Krieg gegen China und bringt bis Peking.
- 1859 führt Frankreich mit Italien Krieg gegen Oesterreich und stößt dafür Nizza und Savoyen ein.
- 1861—67 führt Frankreich Krieg in Mexiko. Erst es in Hinterindien ein.
- 1870 wollte es in Deutschland einfallen. Das wurde ihm verwehrt. Das ist der „zweite Einfall“ in das edelmütige, friedliche Frankreich.
- 1881 fiel Frankreich in Tunis ein und eroberte das Land.
- 1883 fiel Frankreich in Tonkin ein und führte Krieg gegen China.
- 1885 fiel Frankreich in Madagaskar ein und eroberte das Land.
- 1911 fällt Frankreich über Marokko her und eroberte das Land, gegen dessen Freiheitsloste Bewohner es noch heute kämpft.
- 1914 wollte Frankreich mit Rußland nach Berlin marschieren. Das mißlang völlig. Die Deutschen marschieren nach Nordfrankreich. Das ist der „dritte Einfall“ in das friedliche, edelmütige Frankreich!
- 1923 fiel Frankreich in das Ruhrgebiet ein.
- 1925 führte Frankreich in Syrien Krieg gegen die Drusen.

Kürzweil, eine eindrucksvolle Liste französischer Friedensstaten in einem einzigen Jahrhundert.

Tempelhofer Flughafens Adolf Hitler mit Heilgrüßen und erhabenem Arm empfangen hätten, „Lufthansa-Angestellte verheimlichen Hitler“, ein „unerbörter Skandal“, gegen den unbedingt eingeschritten werden müsse, um die „parteilichsten Stellungnahmen für den Naziführer“ ein Ende zu machen. Leider hat der „Vorwärts“ damit einen Reinfall erlebt. Trotz seiner guten Beziehungen zum „Sturm“, den Luftfeinden der Weltfriedensfront, ist es den republikanischen Tugendwächern unbelangt, daß das gesamte Flug-

personal der Welt seit Beginn der Hilerzeit ankomme und abfahrende Flugzeuge durch Heben der rechten Hand begrüßt. Der Flugleiter wendet die Art des Grußes bei jeder plan- und außerplanmäßigen Maschine an und der Flugzeugführer quittiert das Startzeichen ebenfalls durch Heben der Hand. Es läßt sich also leider nicht feststellen, ob das Personal der Lufthansa die Hand etwa nur zum gehobenen Gruße oder zum Hitlergruß erhoben hatte. Dahinter wird auch der gewiegte marxistische Inquisiteur nicht kommen

Privatbistont auf 5 v. H. gekent.

Berlin, 12. April. Der Privatbistont wurde heute erstmals wieder in den Räumen der Börse festgelegt. Der Satz wurde erneut um 1/2 auf 5 v. H. Mitte gekent.

Vier Tote bei einem Bergwerksunfall.

Essen, 12. April. Auf der Zeche „Mathias Stinnes III und IV“ demingeladen zu Beginn der Mittagschicht am Montag durch Zerfallen eines größeren Bruches in der Nähe einer Störung in einem Pfeiler des Flözes 12 der nordwestlichen Bauabteilung ein Abteilungsleiter und 3 Bergleute tödlich. Ein Sauer wurde leicht verletzt, 3 Bergleute konnten bis zum Abend, der vierte bis zum Beginn der Frühshift geborgen werden.

Millionenerbschaft fällt nach Leipzig.

Leipzig, 12. April. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden: Eine 320 Millionen-Erbschaft aus Australien fällt zum Teil auch nach Leipzig, wo ein Leutnant Gustav Emil Schöne insgesamt 4 Millionen Reichsmark erhalten wird. Schöne ist Feldzeugmeister, wohnte bis Anfang 1932 in Eilenburg und ist jetzt nach Leipzig verzogen. Es handelt sich um das Vermögen von Verwandten des Schönen, das in der Gesamtsumme von 320 Millionen in Australien zurückgelassen wurde. Schöne hat noch 5 Geschwister, die wie die übrigen in Betracht kommenden Verwandten je 4 Millionen Reichsmark erben. Ein Teil der Erben ist seit längerer Zeit erwerbslos gewesen. Schöne war längere Zeit Hausmeister bei einem Arzt in Weßfeld, Kreis Torgau. Er ist 47 Jahre alt.

Achtung! Preußenwahl!

Anordnung des Reichsgeschäftsführers

München, 6. April. Sämtliche Parteigenossen und Anhänger von preussischer Staatsangehörigkeit, die in Preußen politisch gemeldet sind und sich am Tage der Preußenwahlen 24. April d. Js., vorübergehend außerhalb Preußens befinden, müssen trotzdem an der Preußenwahl teilnehmen!

1. Sie besorgen sich von der Wahlbehörde (Gemeindeverordnungsamt, Stadtverwaltung usw.) ihres preussischen Wohnsitzes rechtzeitig einen Stimmzettel!
2. Wer es kann, setzt sich am Wahltag auf die Bahn und fährt in den nächsten preussischen Ort, um dort seine Stimme für die nationalsozialistische Liste abzugeben. (Möglichst schon vormittags, damit er nicht etwa nach Schluß der Wahlzeit erscheint!)
3. Wer das nicht kann, meldet sich schon jetzt bei der Ortsgruppe, die dem Bezirksleiter oder der Gauleitung, die für seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort zuständig ist, unter genauer Angabe seiner jetzigen Anschrift, er erhält dann Nachfrist, wo und wann er sich zur Wählung durch Kräfte des NSKK, bereit halten

soll, und wird zum nächsten preussischen Wahllokal gefahren und zurückgebracht. (Unentgeltlich oder gegen einen geringen Aufwandsbeitrag.)

4. Die Gauleiter sammeln die eingehenden Anzeigen und veranlassen im Einvernehmen mit dem für den Gau zuständigen Richter des NSKK, die Benachrichtigung und Abholung der Wahlpflichtigen (mit Angabe des Kostenbetrages).

5. Das NSKK, meldet am Tage nach der Wahl dem Gauleiter die ausgeführten Fahrten und die Namen der Teilnehmer, die die ausgeführte Fahrt zu bezeichnen haben.

6. Wer sich angemeldet hat und aus zwingenden Gründen die Fahrt nicht ausführen kann, meldet dies rechtzeitig der Gauleitung, damit unnötige Fahrten des NSKK vermieden werden können.

7. Wer als preussischer Staatsangehöriger seinen ordentlichen Wohnsitz außerhalb Preußens hat, wählt nicht in Preußen, sondern in dem Lande seines Wohnsitzes mit, und muß sich rechtzeitig darum kümmern, daß er in die Wahlkartei aufgenommen wird.

Der Fall Hörsing-Haas

Zu dem aufsehenerregenden Buch des Landgerichtsdirektors Richard Hoffmann: „Der Fall Hörsing-Haas“ nimmt der Senatspräsident am Obersten Landesgericht i. R. und frühere bayrische Justizminister Dr. Ernst Müller-Meinungen in beachtlichen Ausführungen Stellung. Die Ausführungen Müller-Meinungen sind umso beachtlicher, als sie von einem Mann stammen, der eine führende Stellung der linkspolitischen Bewegung war. Ernst Müller-Meinungen war vor dem Kriege der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern, der Fraktionsvorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei im Bayerischen Landtage und gehörte seit 1918 als fortschrittlicher Abgeordneter ununterbrochen bis zur Revolution dem alten Reichstage an. Müller-Meinungen schreibt:

„Der Fall Hörsing-Haas“ ist ein Buch mit dem Titel „Der Fall Hörsing-Haas (München)“, eine Antwort an den preussischen Justizminister von Landesgerichtsdirektor Richard Hoffmann (Weiß i. M.). Die Vorgeschiedene des „Falles“ muß ich als bekannt voraussetzen: Es handelte sich — kurz gesagt — um die Ehre für die Ermordung eines gewissen Helling, dabei um die Verfolgung des Großindustriellen Rudolf Haas in Magdeburg, dessen Schwager als Schachmeister des Reichsbankers“ auch persönliche Beziehungen

zu dem Führer des Reichsbankers Oberpräsident Hörsing hatte.

Wegen des Mordes wurde ein gewisser Schröder mit Recht verurteilt. Nicht geklärt war die Frage der Teilnahme an diesem Mord, bzw. der Anführung. Haas wurde außer Verfolgung gesetzt. Die Gründe zur Verurteilung des Helling, der Freilassung des Anderen legt uns Hoffmann dar.

Der Verlag Lehmann hat mir liebenswürdigerweise das aufsehenerregende Buch in den Bogen überreicht: Der Grund dazu lag nahe. Ich habe i. meiner fast 40-jährigen öffentlichen Tätigkeit die Unabhängigkeit des deutschen Richtertums mit wahrer Leidenschaft in Wort und Schrift immer wieder verteidigt und damit den Beifall des jenseitig bedrohten Teils auch in den politischen Parteien gefunden, mit zugleich aber natürlich die Feindschaft und den Haß des anderen Teils erweckend, — wie dies eben in unserem unheimlich politischen deutschen Leben so Einte ist. Die behaupteten ungesetzlichen Eingriffe der preussischen inneren Verwaltung in das gerichtliche Untersuchungsverfahren haben bereits damals, als der Mordfall aktuell war (1928), in der deutschen Presse das größte Aufsehen erregt. Ich habe auf den Wunsch einer großen süddeutschen Zeitung meine Anschauung über diese unglaublichen Eingriffe der inneren Verwaltung, die statt

mit einer Verurteilung der beteiligten Personen ihrer Verwaltung mit der Disziplinierung des damaligen Untersuchungsrichters v. M. v. Hörsing und des mutigen Landesgerichtsdirektors Hoffmann endeten, mich kurz gefaßt und damit die But der radikalen Antipresse, die mir früher bei solcher Verleumdung der Unabhängigkeit der Rechtspflege Beifall spendete, mitgezogen, obwohl ich jede politische Parteinahme streng vermie und mich nur auf die objektive Verteidigung der gesetzlichen Unabhängigkeit des Richtertums nach der Strafprozeßordnung (§ 189), dem Gerichtsverfassungsgesetz (§ 1), der Reichs- und der preussischen Landesverfassung beschränkte (Art. 102 bzw. Art. 8).

Ich befrägte mich darauf, zu sagen, daß ich durch die Verkünder dieses Buches innerlich aufs tiefste erschüttert bin. Wie der preussische Justizminister gegenüber dieser Fülle von Materialschärfen Anklagen gegen die inneren höchsten preussischen Verwaltungstellen im preussischen Landtage seinerzeit bemerken konnte, es sei ihm nicht bekannt geworden, daß auch nur in einem einzigen Punkte eine Widerlegung seiner Ausführungen im Hauptantragsverdict (I) worden sei, — das erscheint mir vorerst unbegreiflich!

Jetzt ist es nach dem Erscheinen dieses Buches jedenfalls ausgeschlossen, daß der preussische Justizminister diese Mißstellung nicht nur der preussischen inneren Verwaltung, sondern

auch höchsten preussischer Richterbeamten Mißschweigen himmelt oder nur mit einigen allgemeinen Redewendungen abtut. Ich halte es für rechtlich ganz unmöglich, dieses Buch politisch zu beschlagnahmen oder aus irgendeinem Rechtsgrunde etwa aus dem Republikangebot zu unterdrücken. Auch die politischen Folgen eines solchen Verdictes wären höchst bedenklich. Ich sage dies — ganz gleich, welcher politischen Partei der Verfasser oder der Verleger angehört: Eine Frage, die für mich von meinem parteipolitischen Standpunkte überhaupt gar keine Rolle spielt: „Recht muß Recht bleiben“. Es handelt sich jetzt nach dem Urteil der Leser wohl wirklich um den Satz, den nach dem Buche Geheimrat Finger als Verteidiger der beiden fallengelassenen Richter dem Großen Disziplinarkollegium am Kammergericht zuriel: „Debita iustitia quod fuit civitatis nisi magna latrocinia.“ — „Nehmen Sie dem Staate die Gerechtigkeit weg, dann bleibt eine große Verwundung übrig.“ Ein furchtbares Wort, das wohl für den heutigen „Frei-Staat“ die größte revolutionäre Gefahr enthält! Hier muß volle Klarheit geschaffen werden, — sonst, aber der Rest von Mächtig-vor-Gesetz und Recht! Auch die deutsche Richterschaft muß m. E. diese Klarheit verlangen, gleichviel auf welchem politischen Boden der Einzelfall steht. Es handelt sich um die Zukunft des Rechtsstaates selbst, der höchsten Säule unseres Staates wegens.

Aus Bremen Stadt und Staat

Die nächste
Bürgerschaftssitzung

findet ein reichhaltiges Arbeitsprogramm vor. Die Tagesordnung enthält zunächst drei kleine Anfragen, sodann zahlreiche Mitteilungen des Senats, u. a. Nachrechnung der 180. März jährlich für Kleinfreier auf die Kärge, Mieteuer, Wahlrecht bei mehrfachen Wohnort. Weiter liegt die Vorlage über Auflösung des Wohnungsausschusses vor.

Finanz- und Kostenausschuss

macht der Senat längere Ausführungen. Es ist beabsichtigt, daß das vorliegende Gesetz zum 1. April 1933 in Kraft tritt. Durch Rechtsverordnung des Senats ist es bereits befristet bis zum 31. März 1933 in Kraft gesetzt worden. Der Finanzausschuss steht in der Hauptsache weitestgehend den Beschlüssen des Senats gegenüber, bei der Verteilung der Kraftfahrsteuer und in der Gestaltung der Mieteuer vor. Der Finanzausschuss berichtet über die Heranziehung des Bremerhavener Hafengeländes zur Grund- und Gebäudesteuer. Sie schlägt vor, die betr. Gesetzesänderungen, und zwar rückwirkend vom 1. April 1932, in Kraft zu setzen.

Stimmzettel für Preußenwahl!

Wer am Wahltag für den Preussischen Landtag, am 24. April, nicht an seinem Wohnort ist, muß im Besitze eines Stimmzettels sein, um seine Stimme an dem dortigen Auswahlsort abgeben zu können. Anträge auf Ausstellung von Wahlzetteln werden nur bis zum 22. April entgegengenommen. Die Stimmzettel sind bekanntlich bereits abgeschossen.

Verbilligte Urlaubstreifen! Der R.D.M. (Reichsbund Deutscher Angestellten-Verbands) hatte bereits vor längerer Zeit bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beantragt, Verbilligung für die Urlaubstreifen auch für diejenigen einführen zu wollen, die infolge ihrer Urlaubszeit fernsitzender nicht benutzen können. Unter dem 9. April teilte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit, daß Ende April die Entscheidung über diesen Antrag getroffen würde. Der R.D.M. hat daraufhin nochmals eingehend seine der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gemachten Vorschläge wiederholt und insbesondere die Wiedereinführung der vor dem Kriege üblichen Sommerferien beantragt.

Bekämpfung über Klassenfragen. Der von Pg. Dr. v. Hoff angeregte zweite Bekämpfung über Klassenfragen beginnt Freitag, den 13. April, 13.30 Uhr, pünktlich im Magdeburger Hof, Ede Weide-Knechtstraße.

Polizeibericht. Ein Invalide wird bedrängt, sich an einem minderjährigen Hausmädchen vergangen zu haben. — Wegen dringenden Bedarfs der gewerkschaftlichen Bekleidung wurde eine Händlerin aus dem Odenburger hier festgenommen. Sie hat Käufer auf dem Wochenmarkt festgehalten, die vermutlich gestohlen waren. — An verschiedenen Stellen der Stadt wurden insgesamt fünf Fahrräder gestohlen.

Tödlicher Unfall im Hafen. Im Hafen wurde ein Arbeiter von einem Greifer, der Sand aus einem Kahn beförderte, gegen einen Mast gedrückt und erlitt dadurch erhebliche Brustverletzungen, an deren Folgen er verstorben ist.

Wegen Unterschlagung festgenommen. Wegen Unterschlagung wurde ein Offizier angezeigt. Er soll für eine auswärtige Zeitungsgesellschaft Beiträge in Höhe von 350 RM. kassiert, das Geld nicht an die Gesellschaft abgeteilt, sondern für sich verbracht haben.

Kolonial- und Siedlungsabend. Der Deutsche Kolonialverein, Gef. für nat. Siedlungs- und Auslands-Politik, veranstaltet am Sonntag, 23. April, 20 Uhr, in der Union ein Wohltätigkeitsfest. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Die Neue Niederlage (Union, R.H.), das Emma-Schulz-Orchester, Frau Margarete Hoff (Regulationen), Frau Risi Friezel (Mazzu-Soprano), Frau Christa Gruber (Klavier) und Will Rasper (Bass). Der Abend steht im Zeichen neuerdeuter Siedlung. Eine reihe beliebte Tombola verspricht den Teilnehmern einen gewinnreichen Abend aus noch materiellen Gewinn. Der Vorverkauf, Abendkasse, wird in seiner Nachfrage die Verbindung herstellen zwischen innerer und äußerer Kolonisation; seiner Anregung verdankt der v. S. Niederländische Verkehrsverband seine Entstehung. Die erste Siedlung ist in Großland im Entstehen begriffen, und diese Siedlung, welche ohne Staatshilfe und ohne weltliche Mittel aufgezogen wird, befindet sich in guter Entwicklung. „Siedlung in unserem Sinne — nicht Last, sondern Freude“, ist das Motto des Abends. Die R.Z. geben in der Großland das Muster einer Siedlung aufzuweisen, in der nach holländischer Art Gemüse und Obst

Um die Zukunft der Nordwolle

Schädigung der Masse! - Zerschlagung des organisatorischen Aufbaus

Der Kampf um das Schicksal der Nordwolle wird seit dem Herauskommen des 4. Konkursberichts in verärgelter Form weitergeführt. Die am Konkurs hauptbeteiligten D-Banken haben sich jetzt entschlossen, die Möglichkeit und die etwaigen wirtschaftlichen Grundlagen eines Zwangsvergleichs überprüfen zu lassen. Es sind von der Berliner Zentrale der D-Banken zwei Herren entsandt worden, um diese Prüfung vorzunehmen. Die Bremer Zentrale hat gewisse Urteile, die dem Konkursverfahren gegenüberstehen, da einer der beiden Herren bereits in den frühen Sommertagen 1931 den Status der Nordwolle überprüft und damals zu der verhängnisvollen Schädigung eines Verlustes von 200 Millionen kam — eine Schädigung, die bekanntlich das Schicksal der Nordwolle besiegelte.

Mit Fremden muß festgestellt werden, daß

gezogen werden soll. Der Abend dient der Förderung dieser ersten der niederschlagenden Zwangsverhandlungen. Den reichhaltigen künstlerischen Darbietungen schließt sich ein Ball an. Eintritt 2 RM.; den Zeitverhältnissen entsprechend werden auf Antrag Karten zu 1 RM. bereitzustellen.

Bremer Volkshochschule. Sehen ist das Programm für die Veranstaltungen des Sommers erschienen. Der Arbeitsplan sieht eine große Reihe von Veranstaltungen vor. Vor allem ist jedermann Gelegenheit gegeben, durch Vorträge und Führungen die nähere und weitere Umgebung Bremens kennenzulernen. Neben vögelkundlichen Wanderungen (Prof. Wellmann) und botanischen Ausflügen (Dr. Schütt) nennen wir eine Führung von Geheimrat Prof. Dr. Tode: Besuch des Schwimmbades Landes von Waadhofen; weiter den Besuch des Naturforschersparkes der Lüneburger Heide (Führer Dr. Dunder). Für die Witterstrasse und das Kollinshaus kündigt E. Müller-Scheel drei Führungen an; die Dämmer- und Stränder unserer Parks und Gärten bringt A. G. Hartwig in drei Führungen nahe. Für den Herbst vom 1. bis 7. Oktober ist eine Fernfahrt nach Köln und Aachen unter Leitung von G. Brandes vorgesehen. In diesem Monat am 15. April findet die Vortragsreihe für die vögelkundlichen Wanderungen von Prof. Wellmann statt. Meldebüchlein für die botanischen Ausflüge von Dr. Schütt ist für den 14. April. Ein genaues Programm mit allen Zeitangaben wird kostenlos abgegeben in den Kartenverkaufsstellen: G. Winters Buchhandlung, am Wall 161 und A. Anders, Metestr. 5; sowie ferner in der Leichstraße (Breitenweg), Leichstraße des Westens (Bremerhavener Str./Steffensweg) und in der Staatsbibliothek.

Die Loge „Delphi“ hatte ihre Mitglieder und Freunde zu einem Werdabend eingeladen, der am Sonntag im Sinterplein-Saal stattgefunden. Für den Unterhaltungsteil war die Bremer Vortrags-Vereinigung gewonnen worden, die unter der Leitung von Herrn Alfred Feuerhahn mit einem abwechslungsreichen Programm aufwartete. Eröffnet wurde der Abend durch einige gut gelungene Klavierdarbietungen von Fräulein Erna Geiger. Es folgten dann mehrere Regitationen des Herrn Feuerhahn, ein paar Lieber zur Laute, gefolgt von Frau Amelies Krogel-Seeger sowie lustige Coupletvorträge des Herrn Ernst Hente, der sich später übrigens auch als Komiker präsentierte. Herr Erich Fruchts gelang als Damenimitator und brachte als solcher auch Lieber wirkungsvoll zum Vortrag. Als Abschluß wurde noch ein kleines Theaterstück gespielt, in dem die Damen Krogel-Seeger und Geiger sowie die Herren Feuerhahn und Krogel-Seeger mitwirkten. Sämtliche Darbietungen zeigten von einem guten Können und wurden mit viel Beifall aufgenommen. Großer Beifall erzielte sich eine Vorstellung, bei der es manchmal gute Dinge zu gewinnen gab. Ein Tanz befolgte den gut gelungenen Abend.

Die „Gemeinnützige Bürgerliche Bekleidungs-Genossenschaft“ in Bremen, kurze Wallfahrt Nr. 9 (Ede Mollenstraße), diese Selbsthilfe-Organisation für das BSH, ermöglicht ihren Mitgliedern im Todesfall eine unentgeltliche würdevolle Beerdigung. Die Ausführung der Beerdigung erfolgt durch die vertraglich verpflichteten Beerdigungs-Institute. Der monatliche Beitrag für die Familie beträgt nur 60 Pfennig, wofür nach dreimonatlicher Wartezeit unentgeltliche Erd- oder Feuerbestattung gewährt wird. Erfolgt das Ableben eines Mitgliedes infolge eines Unfalls oder eines anderen Todes, so wird die Beerdigung übernommen. Die Kasse übernimmt die Beerdigung seiner Mitglieder nach den Sätzen der

die bisherigen Maßnahmen der Konkursverwaltung und des Gläubigerausschusses bereits zu einer Schädigung der Masse geführt haben und noch mehr in ihren weiteren Auswirkungen zu einer solchen Schädigung führen werden. Es machen sich Einflüsse geltend, die nicht nur zum Schaden der Gläubiger gereichen, sondern — und das ist der entscheidende Punkt — eine schwere volkswirtschaftliche Gefährdung gesamtdeutscher Belange mit sich bringen. Die ausgabenberichtigten Werte begreifen bereits, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Vor allem bezeichnend ist, daß von der Konkursverwaltung die Abschaffung des Warenzeichens geplant ist, das mit der Entwicklung und dem Emporkommen der Nordwolle untrennbar verknüpft ist.

Scharf angegriffen wird auch die Massenverbreitung des 4. Konkursberichts auf Kosten der Masse.

eingeübten Normalbestattung und zwar: Beinenentlebung, guter Köpfer, Holzstange, Leberführung zum Friedhof, Grabhülle oder Verbrennung, Dekoration in der Kapelle, Musik in der Kapelle bei der Trauerfeierlichkeit sowie die Urkosten auf dem Friedhofsaum. Die „Gemeinnützige Bürgerliche Bekleidungs-Genossenschaft“ besitzt einen erheblichen Eigenkapitalfonds und ist auf durchsichtiger Grundlage aufgebaut. Für Verbindlichkeiten des Vereins haften nur das Vereinsvermögen. Eine persönliche Haftung der Vereinsmitglieder besteht nicht. Es dürfte in der heutigen schweren Zeit ein Gebot der Notwendigkeit sein, daß jeder Bürger Mitglied der Kasse wird, um sich und die Seinen geschützt zu wissen. Bei dieser Gelegenheit soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß die fälligen Beiträge unter Vorlage der Mitgliedsarten in der Geschäftsstelle, kurze Wallfahrt 9, unten, bezahlt werden müssen, damit die fälligen Mitgliedsrechte gewahrt bleiben. Es handelt sich bei der Zahlung der Beiträge lt. Satzung um eine Bringschuld, welche nur in besonderen Fällen durch beauftragte und mit Vollmacht versehene Kassierer, bei einem geringen Aufschlage, gegen Auszahlung der Beitragsmarken eingezogen wird. Sowohl in der Geschäftsstelle, kurze Wallfahrt Nr. 9 (Ede Mollenstraße), als auch bei den Beerdigungs-Instituten wird weitere Auskunft erteilt und werden Anmeldungen jederzeit entgegengenommen.

Heinrich George, der Heldendarsteller des Berliner Staatstheaters, wird heute, Mittwoch, im Stadttheater in seiner Glanzrolle, dem „Hörsch von Verflüchtigen“, den er auch bei der außerordentlichen Erfolg der Weihnachtsfeier hier gelang hat, vorzuziehen, dem gesamten Ballett und der Kindertruppe des Stadttheaters. Das Programm bringt u. a. die ungarischen Tänze von Brahm, exotische Gruppenimpressionen nach der Musik von Milhaud, mehrere Spitzentänze und volkstümliche Tänze. Keine Preise. (Siehe besondere Anzeige.)

Tanz-Matinée im Stadttheater. Am Sonntag, den 17. April, veranstaltet das Stadttheater vor-mittags eine Tanz-Morgenfeier mit Auel von Millos als Gast, der bereits mit außerordentlichem Erfolg der Weihnachtsfeier hier gelang hat, vorzuziehen, dem gesamten Ballett und der Kindertruppe des Stadttheaters. Das Programm bringt u. a. die ungarischen Tänze von Brahm, exotische Gruppenimpressionen nach der Musik von Milhaud, mehrere Spitzentänze und volkstümliche Tänze. Keine Preise. (Siehe besondere Anzeige.)

Bremer Getreidebericht. Weizen Manitoba 1 6,25 unvergollt, Durum (80 Kilogramm) 5,20 unvergollt, Gerste: Rufen 8,15 vergollt, La Plata 9,05 vergollt, Donau 9,05 vergollt, Hafer: Rufen, Weihen (56 Kilogramm) 9,75. Mais: La Plata 8,50 vergollt, Donau Galfax 8,10 vergollt. Tendenz: Stetig.

Generalversammlung
der Sparkasse

Von der Leitung der Bremer Sparkasse wird uns geschrieben: Die Ordentliche Generalversammlung fand heute nachmittags 16, 15 Uhr im Sparkassengebäude unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeister Dr. Donandt statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Herr Vorsteher mit ehrenden Worten des im März heimgegangenen Mitgliedes des Verwaltungsrates Herrn Daniel Ruyter, dessen verdienstvolles Wirken im Geschäftsbereich bereits gehobener gewürdigt worden ist. Sodann brachte der Herr Vorsteher mit tiefempfindlichen Worten den frischen Einbruch des Schmerzes zum Ausdruck, der der Heimgang des langjährigen Vorsteher, Herrn Senator a. D. Heinrich Womers, bei allen der Sparkasse nachstehenden Kreisen hervorgerufen hat. An seiner vielseitigen Arbeitskraft und seinen reichen Erfahrungen habe er, zu besonderen Maße die Sparkasse teilhaben lassen, an der er mit ganzer Liebe ge-
gen, und deren starke Entwicklung er maßgebend beeinflusst habe.

gen, und deren starke Entwicklung er maßgebend beeinflusst habe.

Zu Neuheiten der Jahresrechnung 1932 wählte man die Herren: Rechtsanwalt E. Delius und Erich M. Victor. Die in Gemäßheit der Grundgesetze aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Mitglieder, die Herren: Ed. Helms, Carl-Julius F. Probst, Herrn. Rodewald, Senator a. D. und Reinhold D. Schmidt wurden wiedergewählt.

Ferner wurde Herr Senator D. Mierheilgen, der bereits durch den Verwaltungsrat im vorigen Jahre als Ersatz für den verstorbenen Herrn Daniel Ruyter zugewählt worden war, gewählt sowie außerdem Herr Landgerichtsdirektor Gustav Breitenkamp.

Sodann genehmigte die Generalversammlung einstimmig die Vorschläge des Verwaltungsrats über die Verteilung des Ueberschusses von RM. 50.000, der für gemeinnützige und mildtätige Zwecke Verwendung findet. Dabei wurden u. a. befristet: Bürgerparkverein 20.000; Leichstraße in Bremen 7000; Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft 3000; Verein der fünf stadtbürgerlichen Kinderbenutzungsstellen 2500; Kinderheimstift „Goldheim“ 2000; Neufährer Sänglings- und Kinderheim E. B.; Sänglingsheim Bremen E. B. je 2000, Verein für Jüdische Mission in Bremen 2000 RM.; sowie eine größere Anzahl von bremischen Vereinen und Organisationen, die gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dienen.

Großfeuer in Rastede

Zwei Anwesen völlig eingestürzt

Rastede, 12. April. Am Montag vormittag geriet ein landwirtschaftliches Anwesen in Sehm den bei Rastede in Brand. Bei dem starken Wind griff das Feuer sehr schnell um sich und übergriff auf zwei benachbarte Anwesen über, außerdem wurden weitere Gebäude bedroht. An der Brandstelle waren die Feuerwehren von Rastede und Sahn tätig; gegen 14 Uhr trafen noch zwei Motorpumpen aus Odenburg ein, die nach vierstündiger Tätigkeit wieder abziehen konnten, die anderen Wehren blieben am Brandplatz zurück. Zwei Anwesen wurden völlig eingestürzt, das Getreide und das Inventar konnten zum Teil gerettet werden. Vieh Vieh mitverbrannt ist, steht zurzeit noch nicht fest.

Berliner
Großhandelspreise

Gemüse: Weißkohl 50 kg 5—6, Rotkohl 11—14, Kartoffel 4,50—6, Mohrrüben ungewaschen 3—4, Kohlrüben 3—4, rote Rüben 3—4, Rüberrabi Treibhaus, Schod 3—9, Rüberrabi Treibhaus 3—7, do. Wagerische 40—8, Radesschen Schod. 3,50—5, Meerrettich 50 kg 40—50, Sellerie 14—15, Porree je nach Größe Schod 1,50—4, Petersilie grün 100 Bd. 3—5 do. mit Wurzel 50 kg 6—10, Spinat 6—10, Champignon 90—120, Gurken Treibhaus 100 Stück 18—33, Rhabarber 50 kg 10—20. — Obst: Äpfel hiesige Schod 10 kg 10—25, do. amerik. Äpfel 10—16, Birnen amerik. Äpfel 10—22. — Preisnotierungen für Eier (festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 11. April.) U. Deutsche Eier: Eintreier vollst. gekümp. über 65 g 6,75, über 60 g 6, über 53 g 5,50; über 45 g 5; ausfortierte kleine und Schmalger 4,50. U. Auslands-Eier: Dänen 18er 6,75—7, 17er 6,25, 15,5—16er 5,75, leichtere 5,25; Holländer 65 g 7, 60—62 g 5,75; Rumänen 5,25; Russen normale 4,75, kleine, Mittels- und Schmalger 4,25—4,50. Die Preise beziehen sich in Rpf. je Stück im Verlage zwischen Ladungsstellen und Großhändlern ab Wagon oder Lager Termin nach Berliner Wägen. Witterung: Frisch. Tendenz: Bessert. — Amtliche Kartoffelpreise: Notierung je Zentner wagonfrei märkischer Station: Weiße Kartoffeln 1,60—1,80 RM. Rote Kartoffeln 1,50—2,00 RM., Ohmsäcker Weiße 2,20—2,40 RM., andere Getreidekörner (außer Hirsen) 2,50—2,70 RM. Getreidearten 9 bis 9,50 Rpf. pro Stütterprozent.

Rundfunk

Wittmoos, 13. April: 16 Lüderer Blasenzert. 17.30 Die Ausgrabung einer spätschalen Siedlung. 17.55 Nordmarkt-Balken. 18.25 Die Welt, sich der Nachdruck zu den im Erscheinungsbild befindlichen Fragen? 18.50 Hamburger Rundfunk und Gemeindefunk. 18.55 Wetterbericht. 19.00 Altkinder Dienst. 19.15 Populär oder volkstümlich. 20.00 Kunst-Geduldung für Wilhelm Busch. 22.00 Nachrichtendienst. 22.20 Konzert.

Donnerstag, 14. April. 6.25 Wetterbericht. 6.40 Morgenmusik. 7.00 Zeitung. 7.50 Wetterbericht. 8.00 Aus dem Gebiet der Volksgesundheitspflege. 11.00 Kunst-Geduldung am Graben von Wilhelm Busch in Westphalen. 11.30 Musikanten. 12.00 Zeitung. 13.15 Wetterbericht. 13.20 Kunst-Geduldung. 14.00 Schallplattenkonzert. 15.00 Wetterbericht. 15.05 Nachrichtendienst. 15.20 Musikanten. 15.50 Schiffahrt.

Am 20. April findet anlässlich des Geburtstages des Führers eine Hitlerkundgebung im Casino statt. Nähere Einzelheiten folgen.

Wir brachten gestern bereits zwei gleichlautende Berichtigungen sozialdemokratischer Größen und sind heute in der glücklichen Lage, diese Zusammenstellung durch zwei weitere Zuschriften ergänzen zu können. Eine fünfte muß noch in den nächsten Tagen eintreffen.

In Nr. 3 der „RMZ“, Bremer Nationalsozialistische Zeitung“ vom 9. Februar 1932 wird unter der Überschrift „Sozialdemokratische Schwärzereien“ behauptet, ich hätte als „Aufsichtsrat der Deutschen Industriewerke A.G. der Deutschen Werke A.G. und der Vereinigten Industriunternehmungen A.G.“ Aufsichtsratsanteile von 36.000 RM. In anderer Stelle des Artikels wird unterstellt, daß diese Bezüge eine persönliche Bereicherung darstellen. Außerdem wird behauptet, daß diese schon am 25. Januar 1932 veröffentlichten Angaben bisher noch nicht demontiert oder herichtigt worden seien.

1. daß meine Aufsichtsratsbezüge im Jahre 1931 betragen haben
- | | |
|-----------------------------------|------------------------|
| a) bei der Vereinigten Industrie- | |
| Unternehmungen A.-G. | 8512 RM. |
| b) bei der Deutschen Werte A.-G. | 500 RM. |
| c) bei der Deutschen Industrie- | |
| werte A.-G. | 500 RM. |
| | zusammen also 9512 RM. |

2. daß ich diese Beträge nie für mich persönlich verwendet habe. Sie sind stets reibungslos für soziale und politische Zwecke verwendet worden;
3. daß der Zeitschrift „Der Vorpost“, sowie allen anderen Zeitungen, die diese Behauptungen übernommen hatten, sofort Berichtigungen zugegangen sind, die z. B. in der „Neuer Zeitung“ vom 29. Januar 1932 und in der „Münchener Weisfälschen Zeitung“ vom 6. Februar 1932 erschienen sind.

In Nr. 33 der „M.Z., Bremer Nationalsozialistische Zeitung“ vom 9. Februar 1932 wird unter der Überschrift „Sozialdemokratische Schmerzbildner“ behauptet, ich verdiente als Aufsichtsrat der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.G. ufm. jährlich 25 000 RM. An anderer Stelle des Artikels wird unterstrichen, daß diese Bezüge eine persönliche Bereicherung darstellten. Außerdem wird behauptet, daß diese schon am 25. Januar 1932 veröffentlichten Angaben noch nicht demontiert oder berichtigt worden seien.

1. daß mich Aufstufungsbezüge bei der früheren Vermögens- und Güten-A.-G. jährlich 250 RM. betragen und nie mehr betragen haben;
2. daß ich diesen Betrag nie für mich persönlich verwendete, sondern ihn stets dem Hauptgeschäft für Arbeiterwohlfahrt in Berlin zur Verfügung gestellt habe;
3. daß der Zeitschrift „Der Vorwärts“, sowie allen anderen Zeitungen, die diese Behauptungen übernommen hatten, sofort Verfügungen ergangen sind, die z. B. in der „Dieser Zeitung“ vom 3. Februar 1932 und in der „Reichsdeutschen Volkszeitung“ vom 4. Februar 1932 erschienen sind.

Jubiläumsausstellung deutscher Schäferhunde
Für die am Sonntag auf dem Übungsplatz
„Beferwehr“ stattfindende Jubiläumsausstellung

Die Maurer- und Zimmergesellen hatten eben an ihren alten Gebäuden, das ist eine eben so beliebte Aufgabe wie die andere, daß sie ihnen das Wasser reichlich los gibt. Besonders dann, wenn sie Alkohol gemossen haben, ist mit ihnen nicht gut Kirchengesellen. Und Alkohol trinken sie bei besonderen Gelegenheiten eben in Mengen, die ein starker Mann nur schwer vertragen kann. Die großen Tische, die reichlich gehen, haben es in sich, der Vorlesung muß beizuhelfen, und das gibt sich jeder so gut er kann Mühe, der Letzte zu sein.

Am vergangenen Jahr hatten die „Fremden-
Freiheitsbrüder“, so heißt eine der Zünfte, am
28. Dezember in ihrer Verberge in der Großen-
straße, ihren Weihnachtstisch mit Damen. Zu
dieser jungen Mädchen fanden vor der Tür, also
zwei junge Männer, die nach Hause wollten, mit
ihnen ins Gespräch kamen. Mit dem Wetter-
sing es an, mit Schimpfworten endete es. Das
eine der beiden Mädchen holte den damaligen
Bräutigam des anderen. Zusammen folgten sie
dann den beiden jungen Leuten, die sie bei der
Eisenbahnbrücke in der Nähe des Fodermüllens
einholten. Im Verlaufe der sich dann entwickel-
ten Schlägerei zog der Bräutigam des Mädchens
das Messer und versetzte einem der beiden jungen
Leute, Eisenblätter, einen Stich, an dessen Folgen
er in der Nacht im Kranienhospiz starb.

Das ist der Totknecht, der den Maurer
dafür fröhlich auf die Anlagengasse
drast. Fröhlich beifallt vor den Schwurbrü-
der. Das eigene Verbalten an der Schlägeri,
er will in Notwehr gehandelt haben. Er habe an
dem Helden ungefähr 10 Alter Vier getrunken
und sei angekränkt gewesen. Von seinen Ge-
nossen sei er bei der Schlägeri mit Säben be-
trüffelt worden, seine Augen seien blutüberströ-
met gewesen, er habe nichts mehr sehen können.
Nicht nur die Aussage des Freundes des Er-
stochenen sprachen gegen den Angeklagten,
sein eigener Charakter sprach gegen ihn. Er
sei bereits sechsmal verurtheilt, immer wegen Wider-
stand, Gewaltthaten und Körperverletzung.
Ein Versehen, das sein eigener Vater gegen ihn
und seinen Bruder angestrengt hat, schwebt noch
als die letzte Sch. im Gange war, kam der
Ammersleese Sch. von der Weingasterei weg

erlaufen, konnte F. und bestrafte nicht. Outes, Als der Verletzte rief: „Ich bin geschnitten“, rief der Angestellte fort: „Es kam dann die Polizei, zwanzig Minuten später aber erlitt der Frankennagen. Die Wunde des C. blutete zumischt fort, dann stand die Blutung. C. war bei Bewußtsein und sowohl im Frankennagen wie im Krankenhaus ganz berynigt, wie der Freund der bei dem Verlegten blieb, anfang. Nach der Operation starb der Verletzte. Dr. Feder M. an hat die Section ausgeführt. In seinem Gutachten gab er an, daß der Tod infolge einer Lufteinblasung eingetreten sei. Die tödliche Lufteinblasung sei nicht bei der Verletzung, sondern erst bei der Operation eingetreten. Das Aufblähen der Blutung sei dadurch zu erklären, daß sich ein großer Aufstich gefüllt habe, der die Wunde verschloß. Mit der Möglichkeit, daß C. am Leben geblieben wäre, wenn die Operation unterlassen wäre, müßte geredet werden.

F. blieb bis zum andern Tag in Bremen. Am
Mittag des folgenden Tages, als es bekannt
wurde, daß E. dort war, verließ er Bremen, wohl-
versehen mit dem Reisebrief der Zunft. Für die
Tat des F. kam der Zimmergeßell Sch. in Unter-
suchungshaft, bis sich der Angeklagte in Magde-
burg selbst stellte.

Erster Staatsanwalt Dr. Wrede bean-
tragte eine

Gefängnisstrafe von drei Jahren und drei Jahre Ehrverlust.

Der Verteidiger, RM. Spedhan, hielt den Angeklagten nicht für schuldig, den Tod des G. verursacht zu haben, die Möglichkeit, daß ein ärztlicher Kunstfehler vorliege, müsse dem Angeklagten zugute gehalten werden, ebenso, daß er in Notwehr gehandelt habe.

Das Schwurgericht unter dem Vorsitz von Richter Dr. Barneken verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten unter Anrechnung der Untersuchungs-haft.

Der schwere Erfolg der Tat verlange eine schwere Sühne, doch hätten die vorhandenen Milderungsgründe den Angeklagten noch einmal vor dem Zuchthaus bewahrt.

Vorkum, 12. April. Die Marinenachrichtsstelle meldet: Am Ostende der Insel Ameland befindet sich ein unbekannter Dampfer seit Montag vormittag in Seenot. Der bei Vorkum stationierte Schlepper „Nag“ ist zur Hilfeleistung auszuheilen. Anfragen bei den Behörden.

In Nordstaden werden seit einigen Tagen von Angehörigen der „Eisernen Front“ ständige Ueberfälle auf Nationalsozialisten unternommen. So dem Arbeitsamt wurden drei Parteigenossen von einer Horde Reichsbannerleute mißhandelt. Die Gefängnisfelle der Partei wurde belagert und die dort angebrachte Patentzuckermaschine gestohlen. Das Amt Antijadings hat daraufhin eine Verordnung herausgegeben, nach der mit sofortiger Wirkung die Anwesenheit von Personen in den Hauptstraßen der Stadt Nordstaden verboten ist.

Tausende von Protesten aus dem deutschen Theaterpublikum und von deutschen Bühnenkünstlern haben den Leiter der Kulturabteilung der NSDAP. veranlaßt, das nachstehende Schreiben an die General-Intendanz der Staatlichen Schauspiele zu Hdn. des Generalintendanten Riesen zu richten:

Sehr verehrter Herr Generalintendant!

In der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind Tausende Bühnenkünstler und technischer Bühnengangestellten organisiert. Das ist kein Zufall, sondern ein erklärlicher Rückschlag gegen das, was in immer steigendem Maße in Deutschland als „Verdrängung des deutschen Theaters“ bezeichnet wird. An mich kommen täglich und ständig an Zahl sich steigende emporsteigende Proteste hiergegen. Es sind nicht mehr Dutzende, sondern Hunderte von Fällen, die mir berichtet worden sind, in denen deutsche Schauspieler von Rinnen und auch von Rang von Juden und Ausländern zurückgestellt oder verdrängt worden sind. Ein kleiner Beweis für die Stärke dieser Bewegung war eine Verlangung unserer Künstler-Vereinszeile, bei der in der Podbratzevi über

zweitausend Künstler ihrer Empörung über die bestehenden Zustände Ausdruck gaben.

Es liegt auf der Hand, daß auch gegen die Leitung der Staatstheater dieser Vorwurf erhoben wird. Wenn an den Staatsopern den sieben Kapellmeistern sechs ganz unweiselhaft Juben find, (Klempeter, Wsch, Pert, Zweig, Stiebrg, Brieslan) und einer Ausländer (Denzler-Schweiz) ist, so ist das ein Zustand der zu spärlicher Kritik geradezu herausfordert. Es ist auch nicht richtig, daß diese von der früheren Leitung übernommen worden seien, sondern sie sind sämtlich unter der jetzigen Leitung neu engagiert oder, wie Blech, wieder engagiert worden.

Noch schärmer ist die Lage bei den Privattheatern in Berlin und Schönm genug nach dem mit vorliegenden Material bei den städtischen und Privatbühnen in Reide. Die schärfsten Angriffe werden jedoch gegen die Staatstheater gerichtet, weshalb ich mich veranlasst sehe, Ihnen von diesen Klagen Kenntnis zu geben. Interessant und bezeichnend ist, daß die Argumente der Künstler keineswegs ausgesprochen etwa vom „Brotneid“ oder von einem „Antikunstismus“ alten Stils zeugen. Sie liegen vielmehr erheblich tiefer.

Es ist offensichtlich, daß die Bewußtwerdung des deutschen Volkes auf dem Gebiet des Volkstums und der Rasse (zunächst zuzulagen ohne aggressive Tendenz) sich seit geraumer Zeit auch auf die Künstler erstreckt. Sie sehen nicht nur die aufgeführten Werke vom Standpunkt ihres Volkstums aus an und wehren sich instintiv gegen das Fremdartige, sondern sie werden sich auch klar darüber, daß die Wiedergabe der Kunst, welche die Bühnen dem deutschen Volke bieten, deutsch sein muß, wenn sie die Seele des Volkes treffen sollen.

Immer mehr fteht sich daher der Gedanke durch, daß die Künfte des deutlichen Theaters nicht so sehr eine wirtschaftliche, sondern vielmehr eine kulturelle ist. Das bewußtgewordene deutsche Theaterpublikum ist gewiß durch die allgemeine Not gezwungen worden, seinen Theaterbesuch einzufahren. Es war aber falsch, wenn die Bühneneinkünfte sich in dem Maßen wiegen wollten, daß dies der einzige und ausschlaggebende Grund sei. Fälle, wie der „fliegende Holländer“ Rempekers, treiben deutsche Menschen mit nachlässiger Wirkung aus den Theatern heraus, als wirtschaftliche Not.

Immer stärker setzt sich der Gedanke durch, daß das deutsche Volk nicht nur Werke seiner eigenen Dichter und seiner Musiker hören und sehen, sondern sie auch von deutschen Künstlern

„Achtung! — Parade!“ Eine Hamburger Aufmärfung mit Friedensglocken. Der Autor, Fred. A. Angermayer, führt in einer Vermittlungsentrale in der Nähe von Saint-Laurent-Blangy zwei Jahre nach dem Kriege einen Engländer, eine Französin und eine Deutsche zusammen, die ihre vermischten Anwandlungen jüden und nach anfänglichen Aufflammen nationaler Gegensätze sich in patriotischen Schwüren für die Idee des Friedens einigen. Die mit lautm. Tüchlingdara ausgelegten Gefallenenehrung durch französisches Militär zerbricht dann mit hartem Laufen die Stimmung und damit den inneren Aufbau des Stücks, das nur zögernden Beifall erlangen konnte.

Inferiert i. der

Herausgeber: Kurt Thielen, M. d. N. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim Eichard; für den Anzeigenteil: M. Kapfens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalbibliothekische Zeitung. — Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Beyer-Druckerei Bremen.

ermittelt haben will, weil die ganz einfache
logische Ueberlegung ihm sagt, daß ein Jude,
der er auch technisch ein noch so guter Musiker
sein, einfach aus rassenfeindlichen Gründen nicht
einsteine ist, deutsche Werke im tiefsten
Sinne zu verstehen und unter Ausbeugung
ihres höchsten Gehaltes wiedergeben. Dies
ist sojagals abstrakt gesagt und ohne den ein-
zelnen Fremdstämmigen nun „antifemistisch“ zu
verfolgen. Man hat es ganz einfach fast, deut-
sche Kunst immer wieder durch die jüdische
Seele sehen zu müssen.

Da die Zeit heran kommt, in der die neuen Engagements für den kommenden Winter genommen werden, möchte ich nicht verfehlen haben, Jenen von dieser Volksmission, die ich mit mir aus dem Kulturabteilungssekrete der MDPD, auch außerhalb zeitlich und geistig sehr drücklich ausdrückt, Kenntnis zu geben. Da Sie und andere Theaterleiter, die über dieser öffentlichen Erscheinung, die Augen geschlossen wollen, im kommenden Winter im verflämtem Maße, die Erfahrung machen würden, daß das Theaterpublikum die attraktive Kunst und die weisensfremden Künstler verabscheut.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Konopath
Ministerialrath i. v. M.

Das „System“ im Ausland

Das System ist nicht an Grenzen gebunden. Es ist, wie der Durchschnitt seiner Träger, international. So international wie die Not, die ihm überall auf dem Fuße folgt, wo es einige Zeit gehaust hat. Und überall, wo in einem Volk noch soviel Kraft und Lebenswille vorhanden ist, daß sich dem System eine Abwehr entgegenstellt, bietet dieses den parlamentarisch verfaßten Staatsapparat gegen die Schindungsfront auf. Auch diese Erscheinung ist international, so international wie das Schicksal aller Völker, die dem System ausgeliefert wurden, ganz gleich, ob sie zu den „Besiegten“ gehören oder, unter der Rubrik „Ferner Osten“, in der Riste der „Sieger“ mitgeführt werden, wie z. B. Griechenland.

Griechenland hat sein System von dem Französischen Venizelos aufgezogen bekommen. Folglich hat es mit der Zeit auch eine nationalsozialistische Bewegung erhalten. Sie ist noch sehr jung und konnte erst Mitte März dieses Jahres mit der ersten größeren Aktion an die Öffentlichkeit treten, in Form von Massenversammlungen in verschiedenen Städten des Landes. Für dieses Debut hat

der Führer der griechischen Nationalsozialisten, Alexander Zannaros, seinen Unterführern und Abteilungsleitern Richtlinien an die Hand gegeben, die er mit folgender Eingangsformel einleitete: Wir betonen noch einmal, es handelt sich hier um

das System in Griechenland, das Zannaros folgendermaßen abgezeichnet:

„Als vor ungefähr 10 Monaten im ganzen D. Venizelos wagten, dem armen griechischen Volke, das von seinen heutigen Machthabern in lächerlichster Weise regiert und in gemeinster Weise ausgebeutet wird, ihr neues Programm bekanntzugeben, da lächelten alle Parteiführer und auch ein großer Teil des arbeitenden Volkes über diese neue Bewegung. Als diese aber schnell stärker wurde, fingen die Gleichen an, uns in gemeinlicher Weise zu verleumden, uns als die Feinde der griechischen Wirtschaft zu bezeichnen, ja man schrieb uns sogar „Verderber“ zu. Doch das Volk horchte auf! Wir hatten vorausgesehen, daß die Verdammung der Demokratie im März unter 30 Prozent fallen würde. Wir haben leider nur zu recht behalten. Leider, sage ich, für dieses arme Volk. Wir riefen, daß die fremden Schläge gar nicht im Sinne haben, uns eine neue Untiefe zu geben. Und siehe da, die Zeitfackel befehlte auch hier wieder. Wir sagten voraus, daß die Getreideexporter Amerikas dem griechischen Volke nicht mehr ein ködendes Getreide geben würden, sobald wir nicht in bar bezahlten, auch hier befehlten wir recht. Wir warnten, daß unser Handel und Wandel in größter Gefahr ist, da wir in kurzer Zeit in den Staatskassen keine Devisen mehr haben werden, vom Ausland keine nötigen Mittel des ersten Bedarfs, die wir unbedingt zum Leben brauchen, zu kaufen. All das ist, ich betone leider, bis auf den Buchstaben eingetroffen.

Die heutigen Machthaber aber, die die Geschichte Griechenlands in Händen haben, hörten nicht auf uns und unsere

Voraussetzungen, im Gegenteil, sie eilten durch Europa, um in bittlicher Weise zu versuchen, nochmals eine Anleihe zu bekommen. Aber die Europäer zuckten nur mit den Achseln und sie sandten uns einen Juden, Herrn Otto Niemayer, als Sachverständigen, angeblich um die wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands zu untersuchen. In Wirklichkeit aber, um festzustellen, ob man Griechenland weiter verkaufen könne. Der Herr Niemayer sandte an den Finanzanschuß des Völkerbundes in Paris seine Feststellungen ein, er erklärte aber schon vor seiner Abreise, unter der derzeitigen katastrophalen Wirtschaftslage sei kaum anzunehmen, daß sich die europäischen Großmächte zu einer neuen Anleihe entschließen könnten. Nunmehr hat sowohl die Venizelos als auch die Regierung selbst eine große Panik ergriffen. Diejenigen, die uns zuerst verleumdeten, beschimpften und als Verderber bezeichneten, beilen sich nunmehr. Teile unseres Programmes zu ergreifen, um sich dadurch aus dem löschbrochenen Gewitter zu retten. Aber wese ihnen, denn es wird ihnen nicht gelingen, da diese niemals in der Lage sind, Griechenland zu retten. Denn sonst hätten nicht sie, die Gleichen, in zahlreichen Manövern das Land an den Rand des Abgrundes bringen können. Als sie an die Regierung kamen, übernahmen sie einen gesunden Staatshaushalt mit mehreren Millionen Einnahmen-Überschuß und heute präsentieren sie uns eben auf Grund ihrer Wirtschaft ein Budget mit mehreren Milliarden Fehlbetrag pro Jahr. Also wie könnten diese Leute unsere Retter sein?“

Und was ist nun mit den Oppositionspartien?

Sie sind Mitschuldige des Venizelos. Denn wenn ein Dieb stiehlt, und jemand sieht ihn stehlen, ohne daß er dies anzeigt, gilt er als Helfer des Diebstahls. Und so haben es diese Parteien gemacht. Sie protestierten nicht und schrien nicht ins Volk hinaus, als die heutigen Regierenden die Staatskassen ausräuben und das Volk bestohlen haben. Sie haben auch kein

besseres Programm als die anderen, um uns den Weg aus diesem Elend zu zeigen. Vielleicht gelingt es ihnen durch parlamentarischen Fußhandel, für sich aus dieser Not und auf Kosten wiederum des Volkes den Gewinn zu erzielen, daß sie bei einer vielleicht zu bildenden Koalitionsregierung einige Ministerstellen erwerben, doch das Volk wird damit nicht gerettet.

Damit werden diese Herrschaften dem griechischen Volk höchstens nur einen weiteren Beweis erbringen, daß sie nicht besser sind als die anderen, und sie werden aber auch nicht versinnbildern können, daß wir den Venizelos noch vor ein Volksgericht bringen, um ein warnendes Beispiel für seine Nachfolger aufzustellen.

Nur die Vernichtung des Programmes der nationalsozialistischen Organisation kann aus diesem Elend führen. Dieser Weg wird jedoch ein dorniger und harter sein. Hierfür können wir nur ganze Männer brauchen, die ihr alles für dieses große Volk und das Vaterland einsetzen. Gehen Sie also weiter frisch an Ihre schwere Arbeit, tragen Sie unsere Gedanken ins Volk hinein und rufen Sie es auf zur nationalen Tat. Folgt es Euch nicht, so trägt es selbst die Schuld an seinem eigenen Elend und muß letzten Endes die weiteren Schäden selbst bezahlen. Wir kämpfen jedenfalls weiter — so oder so. Wir wissen, daß die anderen auf keinen Fall mehr aus ihrer Sackgasse herauskommen und dadurch allein schon der Sieg unserer Ideen feststeht. Je früher wir ihn erkämpfen, um so besser natürlich für das lebende Volk und Vaterland.

Zum Schluß verspreche ich nochmals, daß ich meinen Kampf nie aufgeben werde. Ich bin entschlossen, entweder die Leichen meiner Feinde zu sehen oder aufzuhalten, bis die anderen über meine Leiche gehen. Nur wer so fähig und entschlossen ist, möge mir auch in Zukunft folgen, und wir werden jenen heiligen Tempel des Vaterlandes aufbauen, von dem wir alle träumen:

Ein glückliches, freies Griechenland, in dem jeder Arbeit und Brot hat!!

lingt, das Volk vor Entartung und vor dem Aussterben seiner hochwertigen Erbsämme zu bewahren, wobei besonderer Wert auf die nordische Rasse zu legen ist, die seit 3000 Jahren die Geschichte Europas gefaltet und seine Kultur geschaffen hat. Daher bringt das Buch hier einen kurzen Überblick über die wichtigsten Rassen Mitteleuropas, erläutert durch Bilder aus Günthers Rassenkunde.

Der Verfasser geht alsdann auf die führenden Männer der Rassenlehre nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachbarländern ein und behandelt außer Günther noch kurz Ammon, Meißner, Kraitsir, ferner die Franzosen Gobineau und Lapouge, die Engländer Beddoe und Juge, die Amerikaner Grant und Stoddard, die Norweger Hansen, Arbo und Mjølne, sowie die Schweden Retzius, Fåhrst und Lundborg, die fast alle als Rassenforscher Weltgeltung genossen. Auch vertritt er den Führer des schwedischen Nationalsozialismus, Birger Fungar, nicht, der uns Deutschen als trefflicher nationalsozialistischer Redner längst bekannt ist. Sodann erwähnt er noch Carlberg, dessen gymnasialer Bund verwandte Ziele verfolgt. So bietet das Buch hier eine schätzenswerte Übersicht über die Vorkämpfer der nordischen Sache überhaupt.

Weitere Hauptstücke behandeln die marxistischen Zirkeln und ihre Widerlegung durch den Nationalsozialismus und bringen gleichzeitig Uebersichten über die Wahlerfolge unserer Bewegung in den letzten Jahren und über ihren Einbruch in die Reihen der bürgerlichen und marxistischen Parteien. An die Stelle des Rassenkampfes tritt die Volksgemeinschaft, statt feuchter Geminnung und feigem Friedensgewinns heißt es „Lieber tot als Sklave“. Und das Sport-Wesell-Vied führt der Verfasser seinen Lesern sogar in deutscher und dänischer Sprache vor. Dann läßt er Worte über Blut und Boden sprechen, Feder über volkswirtschaftliche Fragen, ferner Goebells Fikts und Rosenbergs wichtige nationalsozialistische Grundsätze erläutern, zieht Hartmanns wertvolles Buch über die Naturgesetze geistiger Bildung heran und daneben immer wieder Adolf Hitlers „Mein Kampf“, vor allem, was es gilt, die Bedeutung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Staates zu betonen.

Wir hoffen, daß das schöne, mit den Bildern der Führer geschmückte Buch dem dänischen Nationalsozialismus Bahn bereitet, damit durch ihn und die nordische Bewegung ein engeres Band um die Völler nordischer Rasse geschlossen werde. Den germanischen Völkern muß, bei aller politischen Unabhängigkeit doch die Gemeinsamkeit der Stammung und der Aufgabe immer mehr zum Bewußtsein gebracht werden; denn in den unausweichlichen Kämpfen der Zukunft wird sich die nordische Rasse nur behaupten können, wenn ihre Völker treu zusammenhalten. Die Notwendigkeit dieses Zieles ist so zwingend, daß Grenzfragen, wie sie etwa zwischen Deutschland und Dänemark bestehen, durch freiwillige Einigung auf der Grundlage völkischer Grenzlinien gelöst werden müßten. Die Mächte des Bösen und der Zwietracht, die eine Einigung nordischer Völker mehr als alles andere fürchten, werden zwar alles in Bewegung setzen, um den Bruderkrieg mit neuem anzufachen. Wir aber wollen unseren nordischen Brüdern über alle Grenzen hinweg die Hände reichen zu gemeinsamer Arbeit an einer großen Zukunft.

E. R.

Hagekorset over Tyskland

Das Hagekorset über Deutschland, von Einar Raaben, Kopenhagen 1931.

Mit lebhafter Spannung nimmt man das Buch eines Ausländers zur Hand, der seinem Volke die Hitlerbewegung schildern will. Der junge Däne Einar Raaben hat sich durch jahrelangen Aufenthalt in Deutschland so mit dem Wesen des Nationalsozialismus vertraut gemacht, daß er in der Lage ist, ein gutes Bild davon zu entwerfen. Das erste Hauptstück des Buches ist dem Führer gewidmet und zeigt, wie Adolf Hitler aus den niederdeutschen Erbsungen der Vor- und Nachkriegszeit heraus Nationalsozialist wurde. Es schildert kurz und treffend, wie die Zeit nach dem Untergang dem betrogenen Volke alles andere denn Freiheit, Ehre und Brot oder gar Schönheit und Würde gebracht hat, wie im heutigen Staat vielfach unglückliche Bonzen Riesengehälter bekommen, während auf der anderen Seite Millionen deut-

licher Volksgenossen darben; wie das Judentum immer noch Macht gewonnen hat und stets auf Seiten der Gegner deutschen Volkstums kämpft, und wie schließlich Adolf Hitler mit hinreichendem Erfolge die Herzen der Deutschen erobert.

Das zweite Hauptstück gibt die Grundlagen der nordischen Bewegung, die sich seit Professor Hans Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ mächtig aufwärts entwickelt hat und nunmehr, obwohl sie völlig selbständig dasteht, ihrem ganzen Wesen nach Hand in Hand mit dem Nationalsozialismus geht, denn dieser ist die einzige politische Kraft in unserem Vaterlande, die bewußt im Sinne der Rassenlehre arbeitet, deren grundlegende Bedeutung der Führer von Anfang an erkannt hatte. Sein scharfer Blick hatte gesehen, daß alle Kulturarbeit und alle politische Arbeit vergebens sein muß, wenn es nicht ge-

Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr

Sonder-Vorstellung im Bremer Schauspielhaus

Das neue deutsche nationale Drama

Der 18. Oktober

Schauspiel in 3 Akten von Walter Erich Schäfer

„Der Deutschen Zwietracht mitten ins Herz“
Ein gewaltiger Erfolg, wie ihn das Theater bei einem Schauspiel kaum je erlebte!

veranstaltet vom Kulturausschuß der NSDAP. Ortsgr. Bremen

Vorverkauf: An der Theaterkasse, Emil Fedden, Am Wall 169 u. WAZ, Papenstr. 15. Wesentl. verbilligte Eintrittspreise

Volk und Wirtschaft

Die Lügen der Systemparteien

und wie es wirklich um die Systemparteien bestellt ist

Die Lügen
Hitler bedeute Inflation — aber Hitler ist der schärfste Gegner jeder Inflation!

Die Lügen
die NSDAP, wolle Entrenchung der Beamten, der Sozialrentner, der Versicherten — aber Hitler ist der strengste Wächter wohl-erworbener Rechte!

Die Lügen
Hitler wolle die arbeitende Frau aus ihren Berufen entfernen — aber Hitler will durch eine Wirtschafts-besserung die Frau ihrer natürlichen Bestimmung wiedergeben, er denkt nicht daran, die Frau aus der gemeinsamen Arbeit herauszunehmen.

Die Lügen
Hitler wolle die Versicherungsanstalten schließen, die Altersversorgung, Renten und Alterspensionen beseitigen — aber Hitler will einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung!

Die Lügen
Hitler sei beamtenfeindlich eingestellt — aber Hitler ist von jeher für das Berufs-beamtentum eingetreten!

Die Lügen
Hitler sei eigentumsfeindlich wie die Bolschewisten — aber Hitlers ganzes Wirtschaftsprogramm beruht auf dem Eigentumsbegriff!

Die Lügen
Hitler sei bauernfeindlich — aber Hitler betont andauernd, daß das Fundament der Wirtschaft überhaupt der Bauer ist!

Die Lügen
Hitler sei gewerkschaftsfeindlich — aber Hitler will gerade den berufständigen Organisationsgedanken überall durchsetzen!

Die Lügen
Hitler wolle die kleinen Geschäftsleute enteignen — aber Hitlers Wirtschaftsprogramm gründet sich auf einen gefunden Mittelstand und die Schaffung möglichst vieler selbständiger Existenzen!

Die Lügen
Hitlers Sieg bedeute die Wirtschaftskatastrophe — aber was haben denn die Systemleute für Erfolge erzielt?

Wir verzeichnen heute
6 000 000 Arbeitslose.

Zwei Deutsche müssen einen dritten ernähren, kleiden und unterhalten. 1913 waren es 467 000, 1927 1 580 000 und 1931 dann 5 600 000 Arbeitslose.

Seit dieser Zeit hat sich die Zahl derselben um fast 500 000 erhöht.

Wir verzeichnen heute
fast 20 000 Konsum- und 10 000 Vergleichs-verfahren.

In 1913 wurden 12 700 Konsumverfahren, 1927 gegen 7800, 1929 etwas mehr als 18 000. Die Zunahme seit 1930 beträgt mehr als 5000.

Wir verzeichnen heute
ein Volkseinkommen von nur noch 50 Milliarden. Im 1929 betrug das Volkseinkommen noch weit über 75 Milliarden.

Wir verzeichnen heute
eine Industrieproduktion, die weniger als die Hälfte der Hitler des Jahres 1929, also etwa soviel als vor vierzig Jahren lief.

Wir verzeichnen heute
Millardenbesätze des Reiches, der Länder, der Städte und Gemeinden, die heute oder morgen zu einer Katastrophe von riesigem Ausmaß anlaufen können.

Wir verzeichnen heute
eine hoffnungslos passive Zahlungsbilanz, deren Sanierungskosten der Zinsen- und Amortisationsdienst für die Auslandschulden darstellt, die aufgenommen wurden, um die Tributlasten aufzubringen. Dieser Posten macht über mehr als 2 Milliarden Mark aus, woran das Stillehaltenkommen im Grund nichts ändert.

Wir verzeichnen heute
das Fortbestehen der Tributlasten, deren Zahlungen im Juli 1932 wieder aufgenommen werden.

Dieser Posten macht infolge der seit 1929 einfallenden Goldpreiserhöhung heute bis gegen 2,5 Milliarden aus. Die „Erleichterungen“ des Youngplans sind wirkungslos geworden.

Wir verzeichnen heute
einen Rückgang von Spareinlagen von

10 500 000 Mark in 1930 auf 9 700 000 in 1931 und darunter, besonders in den Krisenmonaten des vorigen Sommers.

Wir verzeichnen heute
eine völlige Ueberdeckung der Steuer-schranke, die von einer Steuereinnahme von 9,96 Mld. in 1927 auf 10,925 Mld. Mark in 1930 stieg und unter dem Vorverordnungsplan neue Steuerbelastungen, wie Kräftesteuer, Bürgersteuer, Zuckerversteuer, und Tabak-erzeugung, Bräute, und im 1. Halbjahr des laufenden Steuerjahres einen Einnahmefall von 750 Millionen Mark Reichsteuern, ebenso wie bei den Ländern und Gemeindesteuern.

Für 1931 und 1932 ist je eine zusätzliche Steuerbelastung von mehr als 2 Milliarden festzulegen.

Wir verzeichnen heute
eine ungeheure Einschränkung des Binnenmarktes, eine geborgte aktive Handelsbilanz, eine die Landwirtschaft geradezu erdrückende Einfuhr von fremden Agrarprodukten, eine immer rückläufigere Ausfuhr.

Wir verzeichnen heute
einen Massenkaufkraftschwund durch den Abbau von Löhnen, Gehältern und Bezügen, der eine immer weiter um sich greifende Lahmlegung des Binnenmark-

tes und immer größer werdende Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Wir verzeichnen heute
ein Schwinden der Gold- und Devisenbestände der Währungsbedeckung, die heute kaum mehr zu 25 Prozent gesichert ist.

Wir verzeichnen heute
einen Abbau der Löhne und Preise um 10 Prozent, aber keine Senkung der die produktive Wirtschaft lähmenden Bankzinsen.

Wir verzeichnen heute
eine Senkung der Schuldnerzinsen der Banken, einen mangelhaften Schutz der kapitalistischen Gläubiger, für den Schuldner im Mittelstand, in der Industrie, im Handwerk und Gewerbe, für die Landwirtschaft aber nur die Illusion einer möglichen Abwehr der Katastrophe.

Wir verzeichnen heute
Steuererleichterungen des Finanzkapitals auf Kosten von Ländern und Gemeinden; Sonderungsmassnahmen zugunsten planwirtschaftlicher marxistischer und kapitalistischer Systeme, der Großbanken, der Versicherungen auf Kosten der Steuerzahler, der schaffenden Kreise.

Wir verzeichnen heute
einen weitgehenden Abbau der sozialen Leistungen gegenüber den Armen und Vermögenden; darunter Streichung der Ver-leihrenten, die nicht mehr als 20

Prozent betragen, weitgehende Streichung der Kinderzuschüsse und Rentenrenten; Streichung der Witwenrente aus der Invalidenrente; Herabsetzung des Höchstbetrags der Hinterbliebenenrente; Streichung der Mehrleistungen der Krankenassen.

Damit werden besonders auch die Hinterbliebenen der Kriegssopfer in schwerer Mitleidenschaft gezogen.

Wir verzeichnen heute
schwere tarifrechtliche Einschränkungen der Arbeitnehmer, der Angestellten und Arbeiter durch sogenannte arbeitsrechtliche Vorschriften, die eine Entrenchung der Arbeitnehmer bedeuten.

Wir verzeichnen heute
die wiederholte fortgesetzte und exemplarische Kürzung der Gehälter, Löhne und Versorgungsbezüge der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten.

Wir verzeichnen heute
eine seit Jahren zunehmende Selbstmord-epidemie, die schon 1928 und 1929 über 15 000 Opfer forderte, im Jahre 1930 um 1931 weit über diese Zahl stieg, und die auf die wirtschaftliche und soziale Not zurückzuführen ist.

Das ist die vollendete Bankrotterklärung eines Wirtschaftssystems, das mit dem Erb einer großen Zeit jahrelang Mißbrauch getrieben hat. Das ist die Verurteilung der Unfähigkeit einer Wirtschaftspolitik, die sich anwohnt hatte, im frühen zu stehen und vor Ausverkauf zu leben.

Das System war nicht in der Lage, die Wirtschaft zu beleben, wie man wiederholt grobspurig ankündigte, es brachte kein Abblauen des Verelendungsprozesses fertig; es konnte ein dauerndes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, das Sterben zahlloser gesunder Unternehmen der Mittelindustrie und des Gewerbes nicht verhindern. Kein großes innerwirtschaftliches Ziel ist in Angriff genommen, geschweige denn erreicht worden, keine Reform der Sozialversicherung, kein vernünftiger Finanzausgleich wurde erzielt. Die Schulden im öffentlichen Kapital- und Ertragswert blieben, der Schwere der Realien ist im öffentlichen Kapital- und Ertragswert blieben, die Rechte der Beamten, der Renten- und Pensionsbesitzer werden andauernd gestiftet, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten andauernd verringert. Der Sommer der Zwangsversteigerung der sämtlichen Forderungen und aller Forderungen von Aktien, Aktien, Fortsetzung, der letzten Bankrotterklärung der deutschen Volkswirtschaft, die in immer weiteren Kreisen zahlungsunfähig wird.

Das ist die Bilanz der Wirtschaftspolitik der Erfüllungsparteien des Notverordnungs-systems. Der Saldo aber, der daran abzulesen ist, lautet: Schluß mit diesem System, endlich Liquidation eines Kuriers, der ein großes Verbrechen begangen hat! Einmal der verantwortungsvollen und aufbauenden Kräfte des Nationalsozialismus, um das Rechte zu retten und den Trümmern der Novemberperiode ein neues Deutschland aufzubauen!

Deshalb: Am 24. April nationalsozialistisch wählen!

Tributfrage und Donauplan

Die Ansicht englischer Banktreue.

London, 11. April. Für die englischen Banktreue bedeutet, so erklärt die „Financial News“, der Ausgang der Donauunterwerfung, denn der Gedanke einer finanziellen Unterwerfung der Donauländer unter die Regelung der Tribute habe der Öffentlichkeit unangenehm. Wenn die Tributfrage geregelt sei, so werde genug Geld für die Donauländer verfügbar sein. Ein Absehen der Donauländer vom Goldstand wurde als ein gewisses Grade eine Entlastung bringen, und auch die Fähigkeit zur Erfüllung der Schuldverpflichtungen nicht untergraben, wenn die Zentralbanken der Donauländer eine veränderte und ruhige Politik betrieben. Die jegliche unnatürliche Währungsangelegenheit, die die Ausfuhrhändler ihre ausländischen Devisen zum amtlichen Kurs abgeben müßten, während die Einfuhrhändler ein Angebot an ausländische Devisen zu zahlen hätten, könne die wirtschaftliche Lage der betroffenen Länder nur verschlechtern.

Großherzog Kurarbeits-Abzug für Berliner Metallarbeiter

Berlin, 11. April. Die heutigen Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallarbeiter hatten das Ergebnis, daß die Tarifgehälter für die Angestellten innerhalb der bis 31. Juli befristeten bleiben sollen. Dagegen wird ab 1. Mai auf Grund des Arbeitsabkommens der Abzug für Kurarbeits- von 10 auf 15 vom Hundert erhöht. Die Fortsetzung der Gewerkschaften nach Beibehaltung des Abzuges in Höhe von zehn Prozent wurde abgelehnt.

Donauzölle

Wie die Versailler Politik Europa zahlungsunfähig macht!

Der finanzielle Zusammenbruch der Donauländer ist nicht mehr aufzuhalten. Dieser Zusammenbruch ist ein Teil der internationalen Wirtschaftskrise, wie diese Krise selbst die unmittelbare Folge der verbrecherischen Versailler Politik ist. Frankreich jagt diese Politik durch die Schaffung eines Donaubundes weiter zu führen, obwohl auch dieser Stützungsversuch nichts daran ändern wird, daß die ganze Versailler Politik zusammenbrechen muß.

Der Donauraum war lebensfähig, nicht etwa deshalb, weil die Nationalitäten des Donauraumes in der Doppelmonarchie vereinigt waren, sondern vor allem deshalb, weil es sich um einen geographisch begrenzten einheitlichen Wirtschaftsraum handelte. Diesen Wirtschaftsraum haben die Versailler Verträge zersplittert, indem sie teils neue Staaten schufen, teils schon vorhandene Staaten mit Geleiten bedeckten, deren wirtschaftliche Entwicklung auf die Verbindung mit Mitteleuropa angewiesen war und ist. Die Völkerung Europas durch die Versailler Verträge war also nicht nur wirtschaftspolitisch ein Fehler, sie betrafte sich zu einem Verbrechen an den neuen Staaten und an ganz Europa, weil sie von Frankreich gezeugen wurden, sich militärisch aufzurichten. Weltläufig: Polen, Rumänien und Südslowenien, sehr wahrscheinlich auch die Tschechoslowakei, sind, soweit ihre eigene finanzielle Leistungsfähigkeit in Frage kommt, tatsächlich schon bankrott, werden aber immer wieder durch offene und geheime Zuschüsse aus Paris über Wasser gehalten. Zweitens hat Frankreich seit 1926 besonders hohe Zinsschüsse leisten müssen, denn schon die einfache Tatsache, daß die vier Balkanstaaten Frankreichs in Ost- und Mitteleuropa rund eine Million Mann unter Waffen halten, begründet den Schluß, daß die Kosten hierfür mittelbar oder unmittelbar von Frankreich mitaufgebracht werden.

Frankreich denkt aber nicht daran, diese gewaltigen Summen, die mit einigen Milliarden Mark nicht zu hoch gegriffen sein werden, in das hohle Fass zu schütten, in dem innerlich die 15 Milliarden Mark für das Barrenreich verschwunden sind. Wenn Frankreich von seinen Balkanländern wenigstens die Zinsen erhalten will, so müssen diese Balkanländer irgendwo in der Lage sein, ihre Agrarüberschüsse zu verkaufen. Das ist schon geographisch nicht so einfach, denn der hierfür allein geeignete Markt wäre Mitteleuropa, nämlich auch Italien, aber sicher nicht Frankreich oder gar England. Da die Versailler Politik, Europa zahlungsunfähig gemacht hat, da ferner unter seinen Umständen damit zu rechnen ist, daß die Balkanstaaten niemals wieder einen gewissen Teil der Tribute zu sehen bekommen werden, ist für Frankreich auf die Zinsschulden, den Zinsendienst aus den Balkanstaaten auf einem anderen Wege zu beschaffen. Der sogenannte

aber auch von der deutschen Systempresse übermäßig gefeiert wurde, Europa in ein Zollbündnis zusammenzufassen, war in der Praxis nichts anderes als eine finanzielle Versicherung für Frankreich. Die Schuldverhältnisse Frankreichs sollten ihre Erzeugnisse verkaufen, um an Frankreich Zinsen und Kapital zurückzahlen zu können. Der „große Versuch“ hatte Frankreichs Karten zu früh aufgehoben, was auch die abenteuerliche Selbstgefälligkeit, mit der er die deutsch-österreichische Zollunion zerstückelt.

Zerstückeln Donauplan spinnend den Faden Branda weiter, nur daß die Niederwerfung auf die unmittelbaren Balkanstaaten Frankreichs eingeengt werden soll, Frankreich will den Donaubund unter der Führung: Das Mittel, das Kardium hierzu vor schlägt, ist scheinbar einfach, denn die zollpolitische Bindung soll auf der Grundlage geschehen, daß sich die fünf Nachfolgestaaten gegenseitig Vorzugszölle gewähren. Das hätte einen Sinn, wenn die fünf Nachfolgestaaten jeder für sich finanziell gesund wäre, wenn sie also über eine Kaufkraft verfügten, die nicht nur die Zahlungsbilanz, sondern auch den Staatshaushalt in Ordnung halten könnte. Aber die Nachfolgestaaten sind sämtlich verarmt, wobei die Verarmung in dem Maße tief, als sich die Nachfolgestaaten national und geographisch auf Kosten Österreichs und Ungarns ausgedehnt haben. Wohin soll Südslowenien mit seinem Ueberfluß an Holz und Schweinen, wohin Rumänien mit seinem Mais, wenn weder Österreich noch Ungarn, von der Tschechoslowakei ganz abgesehen, damit etwas anfangen können, auch gar nicht in der Lage wären, diese Warenzergüsse zu kaufen und zu gebrauchen?

Zufällig gehen von der Ausfuhr der fünf Nachfolgestaaten rund 50 v. H. nach Deutschland und Italien, während sie den Rest untereinander austauschen oder nach Polen über die Grenze werfen.

Das System der Vorzugszölle ist handelspolitisch nur dann gegeben, wenn es sich um Länder handelt, deren wirtschaftliche Erzeugnisse sich gegenseitig ergänzen. In der Donaumonarchie war diese gegenseitige Ergänzung vorhanden, weil Rumänien und Serbien mit ihren Erzeugnissen nicht auf den Markt trafen konnten, was aber im Donaubund Zustandekommen, was die Donaumonarchie nur schon, weil das Deutsche Reich den größten Teil der Agrarüberschüsse aufnehmen, während es die Versailler Politik dahingebend hat, diese gegenseitigen Marktgebiete so gründlich zu zerlegen, daß von den Nachfolgestaaten kein einziger richtig mehr leben, aber alle wirklich sterben können. Bei der rückfälligen Politik, die Frankreich treibt, ist den Nachfolgestaaten dies Schicksal gewiss, denn Europa ist nicht an einer Wirtschaftskrise krank, sondern an dem Versailler Verbrechen.

Fühne Plan Branda.